

MANFRED KITTEL

## PREUSSENS OSTEN IN DER ZEITGESCHICHTE

Mehr als nur eine landeshistorische Forschungslücke

Wer unter deutschen „Bildungsbürgern“ von heute eine Umfrage veranstaltete, was sie mit dem Begriff „Italienblick“ verbinden, dürfte häufiger Assoziationen in Richtung Toskana auslösen als Erinnerungen an Thomas Manns Sommerhaus auf der Kurischen Nehrung und die Landschaften der „ostpreußischen Sahara“<sup>1</sup>. Hatte in der Endzeit der alten Bundesrepublik eine Kulturdezernentin verkündet, Mailand und Florenz stünden ihr näher als Weimar, und waren schon die „mitteldeutschen“ Regionen der DDR so manchen Westdeutschen bei ihrem Abschied vom Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes weitgehend aus dem Blick geraten<sup>2</sup>, so galt dies für die seit 1945 faktisch polnischen bzw. sowjetischen Ostprovinzen Preußens erst recht. Die Namen schlesischer, hinterpommerscher oder ostpreußischer Städte standen zwar bald auf vielen Straßenschildern in der Bundesrepublik, doch sie verdeutlichten nichts mehr, blieben „ohne Widerhall im Bewußtsein der heutigen Deutschen – erloschene Gesichter, aus denen nichts spricht“<sup>3</sup>. Günter Grass hat es in seiner Rede zum Gründungsakt der Bundeskulturstiftung in Halle jüngst als skandalös bezeichnet, daß die „kulturelle Substanz dieser Provinzen und Städte in Vergessenheit geraten“ ist, obwohl dies „nirgendwo, in keinem Potsdamer Abkommen“ geschrieben stand<sup>4</sup>. Und Arnulf Baring kommt diese „Geschichtsvergessenheit“ unheimlich vor: eine Art von „Unfähigkeit zu trauern“<sup>5</sup>, die freilich viel mit der Rezeption des Staates zu tun hat, dem die ostdeutschen Regionen Jahrhunderte lang angehörten.

<sup>1</sup> Den Begriff prägte ein vom „erstaunlich südlichen Einschlag“ der Landschaft faszinierter Thomas Mann, nachdem er 1930, gerade zum Nobelpreisträger gekürt, zum ersten Mal auf die Kurische Nehrung gekommen war. Vgl. den Reisebericht von Roland Mischke, Als ob es schon immer so gewesen wäre. Unterwegs entlang der Kurischen Nehrung, der Sahara Ostpreußens, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. 10. 1996, S. R 5.

<sup>2</sup> Die „Linken“, so läßt sich mit Günter Grass dieses Phänomen zum Teil erklären, glaubten nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs vielfach, „das Wort Nation durch das beliebig zu deutende Wort Gesellschaft ersetzen zu können“. Günter Grass, Die vielen Stimmen Deutschlands. Im Geiste Herders: Warum eine Nationalstiftung not tut, und was ihre Aufgaben sein müßten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. 3. 2002, S. 44.

<sup>3</sup> Johannes Wirsching, Ostpreußen. Gestalt und Geschichte, in: Berliner Theologische Zeitschrift 5 (1988), S. 223–236, hier S. 223.

<sup>4</sup> Grass, Die vielen Stimmen Deutschlands, S. 44.

<sup>5</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. 2. 2002, S. 3.

VfZ 50 (2002)

© Oldenbourg 2002

Urteile wie Vorurteile gegen Preußen, das als Staat und Idee von den Nationalsozialisten mißbraucht und geschändet und von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs im Kampf gegen deutschen Militarismus endgültig aufgelöst worden war, trugen lange zu einem Desinteresse weiter Teile der Gesellschaft an dem untergegangenen Land bei<sup>6</sup>. Obwohl sich an diesem Zustand spätestens seit der großen Berliner Preußen-Ausstellung 1981 manches geändert hat und jüngst sogar ein sozialdemokratischer Minister mit dem Vorschlag aufwartete, ein künftiges Berlin-Brandenburg „Preußen“ zu taufen<sup>7</sup>, war noch im Preußenjahr 2001 eine besondere Merkwürdigkeit zu besichtigen. Denn trotz des Gedenkanlasses – der dreihundertsten Wiederkehr der im ostpreußischen Königsberg vollzogenen Krönung des Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg zum „König in Preußen“ – zeigte die vielbesuchte Ausstellung im Kutschstall am Neuen Markt in Potsdam (Titel: „Marksteine – Eine Entdeckungsreise durch Brandenburg-Preußen“) eigentlich nur eine Geschichte Brandenburgs, nicht aber jenes Teils Preußens, von dem das Königreich seinen Namen hat: Ostpreußen, Westpreußen und die anderen Ostprovinzen Pommern und Schlesien kamen in der Darstellung so gut wie nicht vor. „Irgend etwas stimmt an dieser Preußen-Rezeption nicht“<sup>8</sup>, hat denn auch Karl Schlögel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zu dem eigenartigen Vorgang bemerkt. Gilt ähnliches, so läßt sich am Ende eines Preußenjahres und in Anbetracht der fortgesetzten Preußen-Debatte fragen, auch generell für den Stand der zeithistorischen Forschung über die Provinzen eines untergegangenen Staates, die nach dem Zweiten Weltkrieg meist nur noch als „Ostgebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937“ figurierten?

Klaus Zernack hat vor nunmehr einem Jahrzehnt im Rahmen einer Bestandsaufnahme des Nordost-Archivs zum Thema „Die Deutschen in der Geschichte des nördlichen Ostmitteleuropa“ eine „tiefe Krise“ der „Landesgeschichte Ostdeutschlands“<sup>9</sup> diagnostiziert. Zernack spricht gar von einem in dieser Konsequenz erstaunlichen „Vorgang der gleichsam historiographischen Polonisierung der ostdeutschen

<sup>6</sup> Obwohl Publizisten wie Marion Gräfin Dönhoff stets um ein differenzierteres Bild des preußischen Staates und seiner Idee bemüht waren. Zur Argumentation vgl. etwa ihren Artikel „Vorbild Preußen. 20 Jahre nach der Liquidierung“, in: Die Zeit vom 17. 2. 1967, oder Marion Gräfin Dönhoff, Preußen. Maß und Maßlosigkeit, Berlin 1987. Reflektierte Betrachtungen über das preußische Erbe vor allem auch in dem glänzenden Essay-Band von Wolf Jobst Siedler, Abschied von Preußen, Sonderausgabe Berlin 1991. Zur wissenschaftlichen Debatte vgl. Manfred Schlenke, Nationalsozialismus und Preußen/Preußentum. Bericht über ein Forschungsprojekt, in: Otto Büsch (Hrsg.), Das Preußenbild in der Geschichte, Berlin 1981, S. 247–264, sowie Frank-Lothar Kroll, Das geistige Preußen. Zur Ideengeschichte eines Staates, Paderborn u. a. 2001.

<sup>7</sup> Welche Erregung mit solchen Ideen noch immer auszulösen ist, demonstrierte am besten die Replik von Hans-Ulrich Wehler, Preußen vergiftet uns. Ein Glück, daß es vorbei ist, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. 2. 2002, S. 41.

<sup>8</sup> Karl Schlögel, Hommage und Grabstein für Preußen. Fällige Bemerkungen in Anbetracht einer baldigen Entscheidung über das Berliner Schloß samt eines Vorschlags, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 11. 2001, S. 50.

<sup>9</sup> Klaus Zernack, Der historische Begriff „Ostdeutschland“ und die deutsche Landesgeschichte, in: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte. Neue Folge Band I, (1992), Heft 1, S. 157–173, hier S. 161.

Gebiete<sup>10</sup>. Trotz aller „Bemühungen unserer Historischen Kommissionen für die einzelnen ostdeutschen Länder“ sei es evident, „daß wir in Deutschland mit dem institutionellen, personellen und auch national-kulturellen Aufwand“ nicht hätten konkurrieren können, der für diese Arbeit in Polen nach 1945 zur Verfügung stand<sup>11</sup>. Daß die Geschichte der altostdeutschen Länder zu einer Domäne der polnischen Geschichtswissenschaft wurde<sup>12</sup>, hatte Hartmut Boockmann kurz vor dem historischen Umbruch 1989/90 auch damit erklärt, daß Landesgeschichte in Deutschlands Westen „rhein-donauländische Heimatkunde“ sei und im Osten eine strikt auf das Gebiet der alten DDR begrenzte Regionalgeschichte<sup>13</sup>.

Was nun speziell die Zeitgeschichte des alten preußisch-deutschen Ostens betrifft, so läßt sich erst recht kaum leugnen, daß hier unübersehbare Forschungslücken klaffen: Über die Jahre der Weimarer Republik und der NS-Diktatur in den preußischen Ostprovinzen Schlesien, Pommern, (Ost-)Brandenburg, Ost- und Westpreußen sowie in der sogenannten Grenzmark Posen-Westpreußen, die damals ebenso selbstverständlich Teile des Deutschen Reichs waren wie Oldenburg, Oberbayern oder Schaumburg-Lippe, wissen wir so wenig wie über kaum eine andere deutsche Region zwischen 1918 und 1945<sup>14</sup>. Stärker hat sich die Historikerzunft allerdings schon früh in den 1950er Jahren dem Vertreibungsgeschehen, als dem dramatischen Schlußkapitel des deutschen Ostens, zugewandt, wozu Theodor Schieder in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte wichtige Anregungen beisteuerte<sup>15</sup>. Im Rahmen der damals von politischer Seite kräftig unterstützten bundesrepublikanischen Vertreibungsforschung<sup>16</sup> wurde zwar bereits gefordert, sich von einer isolierten Betrachtung des Vertreibungsgeschehens zu lösen und die Vorgeschichte breiter einzubeziehen. Doch erst in den späteren, Ost- und Südosteuropa behandelnden Bänden der von Schieder geleiteten „Dokumentation der Vertreibung“ waren Kapitel zur Vorgeschichte der jeweiligen Volksgruppe bis zum Zweiten Weltkrieg eingefügt; während

<sup>10</sup> Ebenda, S. 163. Zustimmung hierzu vgl. Jörg Hackmann, *Ostpreußen und Westpreußen in deutscher und polnischer Sicht. Landeshistorie als beziehungsgeschichtliches Problem*, Wiesbaden 1996, S. 330 f.

<sup>11</sup> Zernack, *Der historische Begriff*, S. 162.

<sup>12</sup> Dabei wurde allerdings das Faktum der früheren Anwesenheit der Deutschen in den neuen polnischen Westgebieten vor 1989 überwiegend von der politischen Opposition in Polen thematisiert.

<sup>13</sup> Hartmut Boockmann, *Deutsche Geschichte ist mehr als rhein-donauländische Heimatkunde. Die ostdeutsche Geschichte wird in der Bundesrepublik zu wenig erforscht*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. 5. 1989, S. 12. Boockmann macht aber auch deutlich, daß die Kritik nicht die Leistungen schmälern soll, die gerade in Anbetracht der geringen Mittel von der ostdeutschen Landesgeschichte erbracht wurden.

<sup>14</sup> Ähnliches gilt für Danzig und das Memelland, die allerdings schon im Ergebnis des Ersten Weltkriegs vom Deutschen Reich getrennt wurden; sie zählten zwar historisch-kulturell zweifelsohne zum preußisch-deutschen Osten, aber nicht mehr in einem engeren staatsrechtlichen Sinn, wie er zur Eingrenzung des Untersuchungsgebiets vorliegender Betrachtung zugrunde gelegt werden soll.

<sup>15</sup> Vgl. Theodor Schieder, *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten als wissenschaftliches Problem*, in: *VfZ* 8 (1960), S. 1–16.

<sup>16</sup> Vgl. hierzu Mathias Beer, *Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“*, in: *VfZ* 46 (1998), S. 345–389.

die Darstellung der Vertreibung der Bevölkerung aus den reichsdeutschen Oder-Neiße-Gebieten erst mit dem Näherrücken der Roten Armee 1944 eingesetzt hatte<sup>17</sup>. Bemerkenswert ist der von Schieder damals gewählte Fokus besonders auch vor dem Hintergrund der jüngsten Studien zu seiner Rolle im „Volkstumskampf“ um Deutschlands Osten vor 1945<sup>18</sup>.

In den Jahrzehnten nach Erscheinen der ersten Bände von Schieders Großdokumentation sollte sich in der Bundesrepublik an der Unterbelichtung der ostdeutschen Zeitgeschichte – zumindest bis zum Ende des Ost-West-Konflikts 1989/90 – nichts wesentliches ändern<sup>19</sup>. Die reservationes mentales gegenüber den Jahrhunderte lang von Deutschen entscheidend mit geprägten Gebieten jenseits von Oder und Neiße wurden zwischenzeitlich so groß, daß die Forschungslücken deutschen Historikern, so weit es sich nicht um Spezialisten für preußische Landesgeschichte handelte<sup>20</sup>, in der Regel schon gar nicht mehr auffielen, zumindest aber nicht deutlich herausgestrichen wurden, wie ein Blick auf einschlägige Literaturberichte in Fachzeitschriften oder Studienbüchern zeigt<sup>21</sup>. Es ist symptomatisch, daß unter den For-

<sup>17</sup> Vgl. Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, bearb. von Theodor Schieder u. a., 5 Bde., 3 Beihefte, Bonn 1953–1961, Neudruck, München 1984.

<sup>18</sup> Vgl. Angelika Ebbinghaus/Karl Heinz Roth, Vorläufer des „Generalplans Ost“. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 7 (1992), Heft 1, S. 61–94; Ingo Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten, Göttingen 2000; Martin Burkert, Die Ostwissenschaften im Dritten Reich, Teil I: Zwischen Verbot und Duldung. Die schwierige Gratwanderung der Ostwissenschaften zwischen 1933 und 1939, Berlin 2000; Michael Fahlbusch, „Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik“? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945, Baden-Baden 1999; Götz Aly/Susanne Heim, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991. Zur aktuellen Debatte vgl. jetzt auch Eduard Mühle, Ostforschung und Nationalsozialismus. Kritische Bemerkungen zur aktuellen Forschungsdiskussion, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 50 (2001), S. 252–275.

<sup>19</sup> Große Fortschritte sind hingegen bei der Vertriebenen-Integrationsforschung zu verzeichnen. Vgl. hierzu die im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte herausgegebenen Bände von Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.), Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, sowie Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hrsg.), Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000.

<sup>20</sup> Dies gilt etwa für Klaus-Dieter Schlechte; nach dessen Urteil konnten für die Geschichte Ostdeutschlands in der Neuzeit zwar Untersuchungen „zu mannigfaltigen Themenbereichen des 16. bis 19. Jahrhunderts in einigermaßen befriedigender Anzahl mit in der Regel gutem Ertrag registriert werden“, doch sei „das Defizit im Bereich der Zeitgeschichte offenkundig, im Blick auf die internationale Diskussion zudem außerordentlich schwerwiegend“. Klaus-Dieter Schlechte, Ostdeutschland in Forschung und Lehre an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland (1945–1988) mit einem Anhang zur Lehre an den Hochschulen in Königsberg und Danzig (1900–1945), Bonn 1990, S. 9. Bernhart Jähmig hat zudem darauf hingewiesen, daß speziell die „eigentliche Landesgeschichte des Preußenlandes“, also Ost- und Westpreußens, „auch für das 20. Jahrhundert große Lücken aufweist“. Bernhart Jähmig, Die landesgeschichtliche Forschung des Preußenlandes (Ost- und Westpreußen) seit 1960 im Überblick, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 38 (1989), S. 81–141, hier S. 111.

<sup>21</sup> Vgl. beispielsweise die regionalgeschichtlichen Hinweise bei Martin Broszat, Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik, München 1990, S. 215f.,

schungsberichten zum Nationalsozialismus in der Region – soweit wir sehen – ein Amerikaner, Johnpeter Horst Grill, die ostdeutschen Wissenslücken am nachdrücklichsten angesprochen hat<sup>22</sup>. Während die Zahl der Regional- und Lokalstudien vor allem über westdeutsche Territorien, Städte oder teils sogar kleine Gemeinden vor bzw. „unter dem Hakenkreuz“ seit den 1970er Jahren kaum mehr zu übersehen ist – auch für das Gebiet der ehemaligen DDR hat nach der Revolution 1989/90 ein rascher Aufholprozeß eingesetzt<sup>23</sup> –, blieb der historische deutsche Osten in dieser Hinsicht bis in die jüngste Zeit eher terra incognita<sup>24</sup>.

Problematisch scheint der anhaltende Kenntnismangel schon deshalb, weil auf der anderen Seite der Beitrag des ostelbischen Deutschland und seiner „Junker“ zum Niedergang der Weimarer Republik und zum Aufstieg des Nationalsozialismus, wenn auch nicht selten in klischeehafter Überspitzung, aber doch jedenfalls mit einigem Grund, immer wieder herausgestrichen worden ist. Erwähnt seien nur der bekannte Stellenwert der Ostsiedlungs-Verordnung bei der Entlassung Reichskanzler Brünnings<sup>25</sup> durch Reichspräsidenten Hindenburg, der wegen seines Gutes Neudeck in besonders enger Verbindung zum politischen Leben Ostpreußens stand, der Einfluß des ostelbisch geprägten Reichs-Landbundes auf die Weimarer Politik<sup>26</sup> oder auch das wahlstatistische Faktum, daß es sich bei Ostpreußen, Pommern, Frankfurt an der Oder und dem (nieder-)schlesischen Liegnitz mit 56,5 Prozent, 56,3 Prozent,

---

oder Eberhard Kolb, *Die Weimarer Republik*, 4. durchges. Auflage, München 1998, S. 222, sowie den Aufsatz von Karl Düwell, *Die regionale Geschichte des NS-Staates zwischen Mikro- und Makroanalyse. Forschungsaufgaben zur „Praxis im kleinen Bereich“*, in: *Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte* 9 (1983), S. 287–344; dort allerdings auch „Ergänzende Literaturhinweise“ (S. 305–344), die u. a. über den Forschungsstand zu den einzelnen preußischen Ostprovinzen Auskunft geben.

- <sup>22</sup> Vgl. Johnpeter Horst Grill, *Local and Regional Studies on National Socialism: A Review*, in: *Journal of Contemporary History* 21 (1986), S. 253–294, hier S. 264ff.
- <sup>23</sup> Und noch zu DDR-Zeiten war hier – natürlich unter „antifaschistischen“ Vorzeichen – bereits eine rege regionalgeschichtliche Forschung v. a. zu NS-Themen in Gang gekommen. Vgl. z. B. Peter Genz, *Der Kampf der antifaschistischen Kräfte des Kreises Grimmen gegen Faschismus und Krieg in den Jahren des Zweiten Weltkrieges*, in: *Greifswald-Stralsunder Jahrbuch* 7 (1967), S. 125–133.
- <sup>24</sup> Dies gilt jedenfalls für die strenger wissenschaftliche Seite der Regionalforschung, während doch bereits auch etliche ostdeutsche Heimatchroniken oder Ortsgeschichten erarbeitet wurden. Vgl. Klaus-Eberhard Murawski, *Die Zeit des Nationalsozialismus im Spiegel von ostpreußischen Heimatchroniken und Ortsgeschichten nach 1945*, in: *Preußenland* 31 (1993), S. 51–58; Gerhard von Jordan, *Unser Dorf in Schlesien, Berlin 1987*; zu Schlesien auch Rita S. Borwinick, *Winzig, Germany, 1933–1946. The History of a Town under the Third Reich, Westport/Connecticut 1992*; Karl-Otto Konow, *Geschichte des Dorfes Lübz in Pommern, Siegen 1987*. An neuesten wissenschaftlichen Studien seien genannt: Julius Graw, *Arnoldsdorf/Kreis Neißة. Untersuchungen zur Sozialstruktur und Mentalität einer oberschlesischen Dorfgemeinschaft 1920–1950, Cloppenburg 1996*, sowie jetzt auch Damian van Melis/Andreas Wagner (Hrsg.), *Leben in der Diktatur – Mecklenburg und Pommern unterm Hakenkreuz, Schwerin (im Druck)*.
- <sup>25</sup> Vgl. hierzu Udo Wengst, *Schlange-Schöningen, Ostsiedlung und die Demission der Regierung Brüning*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 30 (1979), S. 538–551.
- <sup>26</sup> Kritisch hierzu Gerhard Schulz, *Die deutschen Ostgebiete. Zu ihrer historisch-politischen Lage*, Pfullingen 1967, S. 33f. Vgl. jetzt auch Stefanie Merkenich, *Die Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918–1933*, Düsseldorf 1998.

55,2 Prozent und 54,0 Prozent NSDAP im März 1933 um die vier Reichstagswahlkreise mit der höchsten Zustimmung zum Nationalsozialismus in ganz Deutschland handelte<sup>27</sup>. Und im Blick auf die ostdeutschen Hochschulen Breslau, Danzig und Königsberg hat ein Gießener Historiker erst vor einigen Jahren apodiktisch erklärt, dies seien „militante akademische Vorposten deutschen Volkstums“ gewesen, deren chauvinistischer Geist früh pronazistische Tendenzen begünstigte, um gleichzeitig aber erst Monographien anzumahnen, weil die ostdeutsche Universitätslandschaft als Thema fünfzig Jahre lang von der Geschichtswissenschaft ignoriert worden sei<sup>28</sup>. Die erwähnten neueren Studien zur Rolle Schieders und anderer namhafter Historiker vor 1945 haben zwar nicht nur Zustimmung gefunden<sup>29</sup>, aber doch verstärktes Interesse auf den altostdeutschen Raum gelenkt.

Vor diesem Hintergrund soll im folgenden versucht werden, die Forschungslücken über den preußisch-deutschen Osten in der älteren Zeitgeschichte zumindest in ihren groben Umrissen zu vermessen, die heute oft nur einem kleinen Spezialistenkreis aus den „Baltischen Studien“ oder dem „Oberschlesischen Jahrbuch“ vertraute Materie einer breiteren allgemein-zeitgeschichtlich interessierten Leserschaft zu präsentieren und die gesellschaftlich-politischen und vor allem auch wissenschaftspolitischen Gründe ein wenig zu erhellen, die in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zu dem insgesamt unbefriedigenden Forschungsstand geführt haben. Aufgrund des gewählten Ansatzes geht es dabei in erster Linie um Literatur, die in Deutschland und in deutscher Sprache publiziert worden ist, doch wird zumindest auch auf einige zentrale, nicht übersetzte Forschungsarbeiten polnischer Historiker hinzuweisen sein. Schließlich wird der Blick eher perspektivisch auf die Zeit nach 1989/90 gerichtet und danach gefragt, ob den grundstürzenden politischen Umwälzungen im östlichen Teil Europas wissenschaftliche Fortschritte von auch nur annähernd ähnlichem Umfang gefolgt sind.

### I. Forschungsschwerpunkte und Forschungslücken

Wie schlecht erforscht die Zeitgeschichte des preußisch-deutschen Ostens noch immer ist, zeigt schon ein Blick auf die einschlägigen Bibliotheksbestände des Mar-

<sup>27</sup> Vgl. Hartmut Boockmann, *Deutsche Geschichte im Osten Europas*, Bd. 1, Ostpreußen und Westpreußen, Berlin 1992, S. 408.

<sup>28</sup> Vgl. Peter Chroust, *Gießener Universität und Faschismus. Studenten und Hochschullehrer 1918–1945*, Bd. 1, Münster 1995, S. 17f.; kritisch mit Chrousts Thesen befaßt sich Christian Tilitzki, *Von der Grenzland-Universität zum Zentrum der Nationalsozialistischen „Neuordnung des Ostraums“? Aspekte der Königsberger Universitätsgeschichte im Dritten Reich*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 46 (2000), S. 233–269; vgl. auch den Themenband des Nordost-Archivs, *Zeitschrift für Regionalgeschichte. Neue Folge* III (1994), Heft 2, Königsberg und seine Universität. Eine Stätte ostmitteleuropäischen Geisteslebens.

<sup>29</sup> Vgl. die Kritik von Heinrich August Winkler, *Hans Rothfels – ein Lobredner Hitlers? Quellenkritische Bemerkungen zu Ingo Haars Buch „Historiker im Nationalsozialismus“* in: *VfZ* 49 (2001), S. 643–652.

burger Ostarchivs, der Martin-Opitz-Bibliothek in Herne (ehem. Bücherei des deutschen Ostens) oder des Münchner Instituts für Zeitgeschichte. In dieselbe Richtung deuten etwa die bibliographischen Orientierungshilfen in Horst Möllers jüngstem monographischen Beitrag zum Handbuch der Preußischen Geschichte<sup>30</sup> oder dem von Walter Ziegler herausgegebenen Sammelband „Die Vertriebenen vor der Vertreibung“<sup>31</sup>. Die dort aufgeführten Gesamtdarstellungen zur Geschichte der preußischen Ostprovinzen, nicht zuletzt die monumentalen Bände der „Deutschen Geschichte im Osten Europas“, informieren zwar recht zuverlässig über Grundzüge der historischen Entwicklung vom Mittelalter bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts, sie behandeln die Zeit zwischen 1918 und 1944 aber meist auf knappem oder – wie der Band über Ostpreußen und Westpreußen – sehr knappem Raum, was indes gerade im genannten Fall nicht nur mit der Gesamtanlage der Reihe zu tun hat, sondern auch mit einem besonders deplorable Forschungsstand<sup>32</sup>. Die verdienstvollen Publikationen aus dem erst jüngst abgeschlossenen zehnbändigen Projekt des Siedler-Verlags sind also auch ein Spiegelbild unserer im einzelnen unterschiedlichen, aufs Ganze gesehen jedoch recht unbefriedigenden Kenntnisse über die Zeitgeschichte des deutschen Ostens. Insofern wäre es mangels Masse auch ein schwieriges Unterfangen, an dieser Stelle einen klassischen Forschungsbericht zu geben; zumindest eine knappe Bestandsaufnahme aber sei versucht.

Sind wir über Grundzüge der Verwaltungs-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte teilweise noch ganz gut unterrichtet<sup>33</sup>, so mangelt es vor allem an Spezialstudien zu zentralen Themenkomplexen der regionalen Politik-, Sozial-, Gesellschafts- und

<sup>30</sup> Vgl. Horst Möller, *Preußen von 1918 bis 1947: Weimarer Republik, Preußen und der Nationalsozialismus*, in: *Handbuch der Preußischen Geschichte*, hrsg. von Wolfgang Neugebauer, Bd. III: *Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens*, Berlin/New York 2001, S. 149–316.

<sup>31</sup> Vgl. Walter Ziegler (Hrsg.), *Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrung*, 2 Bde., München 1999.

<sup>32</sup> Vgl. Boockmann, *Ostpreußen und Westpreußen*, S. 395–424. Eine breitere, den polnischen Forschungsstand aber nicht immer ausreichend zur Kenntnis nehmende Darstellung der ostpreußischen Zeitgeschichte findet sich im *Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens*, hrsg. von Ernst Opgenoorth, Teil 4: *Vom Vertrag von Versailles bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1918–1945*, Lüneburg 1997. Ausführlicher dagegen, auf der Basis eines insgesamt auf deutscher wie polnischer Seite besseren Forschungsstandes, Konrad Fuchs, *Vom deutschen Krieg zur deutschen Katastrophe (1936–1945)*, in: Norbert Conrads (Hrsg.), *Deutsche Geschichte im Osten Europas*, Bd. 3: *Schlesien*, Berlin 1994, S. 554–704, sowie *Geschichte Schlesiens*, Bd. 3: *Preußisch-Schlesien 1740–1945. Österreichisch-Schlesien 1740–1945*, I. A. der Hist. Kommission für Schlesien hrsg. von Josef Joachim Menzel in Verbindung mit Konrad Fuchs und Hubert Unverricht, Stuttgart 1999.

<sup>33</sup> Neben der umfassenden Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945. *Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung*, hrsg. von Gerd Heinrich, Friedrich-Wilhelm Henning und Kurt G. A. Jeserich, Stuttgart/Berlin/Köln 1992, vgl. vor allem die Studien Klaus von der Groeben, *Die öffentliche Verwaltung im Spannungsfeld der Politik, dargestellt am Beispiel Ostpreußens*, Berlin 1979; ders., *Verwaltung und Politik 1918–1933 am Beispiel Ostpreußens*, Kiel 1986; Georg Bitter, *Die preußische Regierung zu Königsberg 1918–1945*, Leer 1988.

Mentalitätsgeschichte<sup>34</sup>. Horst Möllers Habilitationsschrift zum „Parlamentarismus in Preußen“, die Dissertation seines Schülers Achim Stang zur DDP in Preußen, die Otto-Braun-Biographie von Hagen Schulze und die Studie von Herbert Hömig über die preußische Zentrumsparterie haben zwar endlich mehr Licht auf den politischen Entscheidungsprozeß der Landesebene geworfen, die politischen Verhältnisse in der ostdeutschen Provinz aber – ihrer Themenstellung entsprechend – nicht eingehender beleuchtet<sup>35</sup>.

Zum Dritten Reich gibt es – nicht zuletzt dank der Aktivitäten des Instituts für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte und seiner „Forschungen und Quellen zur Kirchen- und Kulturgeschichte Ostdeutschlands“<sup>36</sup> – eine Reihe von Büchern, die gründlich über den Kirchenkampf in Schlesien, Pommern und Ostpreußen unterrichten<sup>37</sup>. Auch die ediert vorliegenden Berichte des SD geben punktuell immer wieder über die Stimmung in den Ostprovinzen Auskunft<sup>38</sup>. Aus der Geschichte des

<sup>34</sup> Speziell zur Weimarer Republik und zur NS-Zeit ist – neben den erwähnten Kapiteln in den Bänden der „Deutschen Geschichte im Osten Europas“ – allgemein zu verweisen auf Udo Arnold (Hrsg.), *Zwischen den Weltkriegen, Teil 1: Politik im Zeichen von Parteien, Wirtschaft und Verwaltung im Preußenland der Jahre 1918–1939*, Lüneburg 1986, und Teil 2: *Kultur im Preußenland 1918–1939*, Lüneburg 1987, sowie *Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik*, Köln 1966. Doch es mangelt noch ganz erheblich an Monographien zu zentralen Fragen der politischen Mentalität. Anknüpfungspunkte bieten Ernst Schute, „Getrennt vom Reich“ – Die Instrumentalisierung des Sports in Ostpreußen zur Zeit der Weimarer Republik, Bochum 1987, oder Horst F. Zander (Hrsg.), *Mit klingendem Spiel: Insterburg 1919–1939. Eine ostpreußische Garnison zwischen den beiden Weltkriegen, Seesen am Harz* 1981.

<sup>35</sup> Horst Möller, *Parlamentarismus in Preußen 1919–1932*, Bonn 1985; Joachim Stang, *Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen, 1918–1933*, Düsseldorf 1994; Hagen Schulze, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1977; Herbert Hömig, *Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik*, Mainz 1979; zum Weimarer Preußen daneben Dietrich Orlow, *Weimar Prussia 1918–1925. The unlikely Rock of Democracy*, Pittsburgh 1986, sowie ders., *Weimar Prussia 1925–1933. The Illusion of Strength*, Pittsburgh 1991. Zum gut erforschten Bereich der Personalpolitik vgl. Hans-Karl Behrend, *Zur Personalpolitik des preußischen Ministeriums des Inneren. Die Besetzung der Landratsstellen in den östlichen Provinzen 1919 bis 1933*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 6 (1957), S. 173–214; Wolfgang Runge, *Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1932*, Stuttgart 1965, sowie Horst Möller, *Die preußischen Oberpräsidenten in der Weimarer Republik*, in: *VfZ* 30 (1982), S. 1–26; (stark erweiterte Fassung in: *Die preußischen Oberpräsidenten 1815–1945*, hrsg. von Klaus Schwabe, Boppard a. Rhein 1985, S. 183–217, 326–334).

<sup>36</sup> Vgl. Bernhard Stasiewski, *Institut für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte e. V. 1958–1987*, Köln/Wien 1988.

<sup>37</sup> Vgl. Hugo Linck, *Der Kirchenkampf in Ostpreußen 1933 bis 1945. Geschichte und Dokumentation*, München 1968; Manfred Koschorke (Hrsg.), *Geschichte der Bekennenden Kirche in Ostpreußen 1933–1945: Allein das Wort hat's getan*, Göttingen 1976; Gerhard Reifferscheid, *Das Bistum Ermland und das Dritte Reich*, Köln/Wien 1975; Werner Klän, *Die evangelische Kirche Pommerns in Republik und Diktatur. Geschichte und Gestaltung einer preußischen Kirchenprovinz 1914–1945*, Köln 1995; Ludwig Heine, *Geschichte des Kirchenkampfes in der Grenzmark Posen-Westpreußen 1930–1940*, Göttingen 1961; Gerhard Ehrenforth, *Die schlesische Kirche im Kirchenkampf 1932–1945*, Göttingen 1968; Ernst Hornig, *Die Bekennende Kirche in Schlesien 1933–1945. Geschichte und Dokumente*, Göttingen 1977.

<sup>38</sup> Vgl. Heinz Boberach (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945*, 18 Bde., Herrsching 1984/85.



Widerstands hat – wegen seines nationalen Rangs – in erster Linie der Kreisauer Kreis Beachtung gefunden<sup>39</sup>, der sich allerdings nur wenige Male auf dem schlesischen Gut des Grafen Moltke selbst zusammengefunden hatte. Eine Reihe polnischer und DDR-Historiker haben auch dem kommunistischen Widerstand literarische Denkmäler errichtet<sup>40</sup>. Über sozialdemokratischen Widerstand oder andere Formen von Resistenz aber<sup>41</sup>, wie sie das Bayern-Projekt des Instituts für Zeitgeschichte schon in den 1970er Jahren paradigmatisch untersucht hat, oder über den Alltag in den ostdeutschen Regionen während der NS-Diktatur<sup>42</sup>, über das regional-spezifische Mischungsverhältnis von „Verführung und Gewalt“, über Judentum und Antisemitismus wußten wir lange bzw. wissen wir immer noch recht wenig<sup>43</sup> – sieht man einmal von Hinweisen in den genannten kirchenhistorischen Arbeiten oder in der durchaus beachtlichen, systematischer Auswertung harrenden Memoirenliteratur<sup>44</sup> ab. Auch der Prozeß der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung ist lediglich für

<sup>39</sup> Vgl. Ger van Roon, *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, München 1967; Wilhelm Ernst Winterhager (Bearb.), *Der Kreisauer Kreis. Porträt einer Widerstandsgruppe. Begleitband zu einer Ausstellung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz*, Mainz 1985.

<sup>40</sup> Vgl. Hans-Jürgen Friedrici, *Zur Entwicklung der neuen Strategie und Taktik der KPD und ihrer führenden Rolle im antifaschistischen Widerstandskampf. Dargestellt am Kampf der oberschlesischen Parteiorganisation und deutscher und polnischer Werktätiger gegen den Faschismus in den Jahren 1933–1938/39*, Habil. Leipzig 1965; Werner Lamprecht, *Der Kampf der Stettiner Parteiorganisation der KPD gegen die faschistische Diktatur (1933–1945)*, Diss. Greifswald 1966; Wiktor Lemiesz, *Zur Geschichte der antifaschistischen Widerstandsbewegung im Gebiet der mittleren Oder 1933–1945* (Übersetzung des polnischen Titels), Warschau 1973. Weitere Hinweise bei Karl Düwell, *Regionale Geschichte des NS-Staates*, S. 309–313.

<sup>41</sup> Ansätze liefern Wilhelm Matull/Max Sommerfeld, *Der Anteil der ostpreussischen Arbeiterbewegung am Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, in: *Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg* 17 (1967), S. 164–178; Hugo Rasmus, *Westpreußen im Schatten des Hakenkreuzes. Gleichschaltung und Unrecht forcierten Gegnerschaft*, in: *Westpreußen-Jahrbuch* 48 (1998), S. 119–158; Walter Görlitz, *Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Pommern. Ein Versuch*, in: *Baltische Studien* 48 (1961), S. 63–74; Frank-Lothar Kroll (Hrsg.), *Deutsche Autoren des Ostens als Gegner und Opfer des Nationalsozialismus. Beiträge zur Widerstandsproblematik*, Berlin 2000. Der von Lothar Bossle u. a. herausgegebene Sammelband: *Nationalsozialismus und Widerstand in Schlesien*, Sigmaringen 1989, verzichtet auf eine Thematisierung des Kreisauer Kreises und widmet sich anderen Aspekten des Widerstandes.

<sup>42</sup> Vgl. *Bayern in der NS-Zeit. Studien und Dokumentationen in sechs Bänden*, hrsg. von Martin Broszat u. a., München 1977–1983; Christian Tilitzki, *Alltag in Ostpreußen 1940–45. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz*, Leer 1991.

<sup>43</sup> Vgl. z. B. Max Aschkewitz, *Zur Geschichte der Juden in Westpreußen*, Marburg 1967; Georg Weißmann, *Die Durchsetzung des jüdischen Minderheitenrechts in Oberschlesien 1933–1937*, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts* 6 (1963), S. 154–194. Zur bereits besser erforschten Geschichte der Danziger Juden vgl. die bibliographischen Hinweise bei Düwell, *Regionale Geschichte des NS-Staates*, S. 340 f. Auf die Forschungen des polnischen Historikers Bohdan Koziello-Poklewski zu ausländischen Zwangsarbeitern in Ostpreußen im Zweiten Weltkrieg aus dem Jahr 1977 hat Bernhard Jähnig hingewiesen. Siehe Jähnig, *Die landesgeschichtliche Forschung des Preußenlandes*, S. 111.

<sup>44</sup> Stellvertretend genannt sei Alexander Fürst zu Dohna Schlobitten, *Erinnerungen eines alten Ostpreußen*, Berlin 1989.

Pommern näher erforscht worden<sup>45</sup>. Die im Geleitwort des Buches vom Direktor des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz 1974 angekündigte Herausgabe analoger Bände zu Ostpreußen, Schlesien und Brandenburg im Rahmen einer Reihe „Die Geheime Staatspolizei in den preußischen Ostprovinzen 1934–1936“ ist nicht mehr erfolgt.

Ähnlich dürftig nimmt sich die historiographische Bilanz für den deutschen Osten während der Weimarer Republik aus. Ein spätes Interesse konzentrierte sich hier in den 1980er Jahren sehr stark auf die Phase in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als die Geschehnisse an den umkämpften Grenzen in Oberschlesien, Ost- und Westpreußen von weitreichender nationaler Bedeutung waren<sup>46</sup>. Im Zusammenhang damit fand auch die Siedlungs- und Minderheitenpolitik der preußischen und der Reichsregierung<sup>47</sup> und speziell der Komplex der Osthilfe<sup>48</sup> einige Aufmerksamkeit. Vergleichsweise viel geschrieben wurde, nicht zuletzt mit den scharf gespitzten Federn von DDR-Historikern, zu der legendenumwobenen Sozialgestalt des ostelbischen Junkers, zu deren Landarbeitern und zur Agrarpolitik<sup>49</sup>. Doch noch 1996 hatte

<sup>45</sup> Vgl. Robert Thévoz/Hans Branig/Cécile Lowenthal-Hensel (Hrsg.), Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten (Darstellung), Köln/Berlin 1974.

<sup>46</sup> Vgl. Günther Doose, Die separatistische Bewegung in Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg (1918–1922), Wiesbaden 1987; Sigmund Karski, Albert (Wojciech) Korfanty. Eine Biographie, Dülmen 1990; Richard Breyer (Hrsg.), Deutschland und das Recht auf Selbstbestimmung nach dem Ersten Weltkrieg. Probleme der Volksabstimmungen im Osten (1918–1922), Bonn 1985; Rainer Schumacher, Die Preußischen Ostprovinzen und die Politik des deutschen Reichs 1918–1919. Die Geschichte der östlichen Gebietsverluste Deutschlands im politischen Spannungsfeld zwischen Nationalstaatsprinzip und Machtanspruch, Diss. Köln 1985; Walther Hubatsch, Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen 1920 – Ein demokratisches Bekenntnis zu Deutschland, Hamburg 1980; Rudolf Klatt, Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/1920, Heidelberg 1958.

<sup>47</sup> Vgl. Roland Baier, Der deutsche Osten als soziale Frage. Eine Studie zur preußischen und deutschen Siedlungs- und Polenpolitik in den Ostprovinzen während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, Köln/Wien 1980; vorher schon Norbert Krekeler, Revisionsanspruch und geheime Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919–1933, Stuttgart 1973, sowie Christian Höltje, Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919–1934. Revision oder Garantie der deutschen Ostgrenze von 1919, Würzburg 1959.

<sup>48</sup> Vgl. Dieter Hertz-Eichenrode, Reichskredite für die Ostsiedlung. Eine innenpolitische Streitfrage der Jahre 1925 bis 1927, in: Jahrbuch für Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 27 (1978), S. 238–290; Heinrich Niehaus, Die Osthilfe, Köln 1966; Bruno Buchta, Die Junker und die Weimarer Republik. Charakter und Bedeutung der Osthilfe in den Jahren 1928–1933, Ost-Berlin 1959.

<sup>49</sup> Zur DDR-„Junker“-Forschung vgl. Jürgen Burkhardt, Bauern gegen Junker und Pastoren. Feudalreste in der mecklenburgischen Landwirtschaft nach 1918, Ost-Berlin 1963; Klaus Vetter, Bodo von der Marwitz. Der Beitrag eines preußischen Junkers zur ideologischen Vorbereitung des Faschismus auf dem Lande, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 23 (1975), S. 552–568; Joachim Petzold, Großgrundbesitzer – Bauern – NSDAP. Zu ideologischen Auseinandersetzungen um die Agrarpolitik der faschistischen Partei 1932, in: Ebenda 29 (1981), S. 1128–1139; Roswitha Berndt (Bearb.), Lage und Kampf der Landarbeiter im ostelbischen Preußen (1919–1945), Bd. 3: Quellen, Vaduz 1985. Ausgewogener, wenngleich an manche marxistische Thesen zu den Junkern anknüpfend die neuere Studie der Rostocker Historikerin Ilona Buchsteiner, Großgrundbesitzer, Berlin 1993. Zur „alt“-bundesdeutschen Seite seien genannt der Überblick von Walter Görlitz, Die Junker. Adel und Bauer im deutschen Osten. Geschichtliche Bilanz von 7 Jahrhunderten,

Wolfram Pyta zu monieren, daß „bis heute für die Zeit der Weimarer Republik jede aus archivalischen Quellen gearbeitete, sozialgeschichtlich angelegte Monographie“ über den ostelbischen Landadel fehle<sup>50</sup>. Zur Geschichte der ostdeutschen Arbeiterbewegung, die immerhin einen Otto Braun oder einen Paul Löbe hervorgebracht hat und auch in den (groß-)agrarisch geprägten Ostprovinzen etwa ein Viertel der Wähler ansprach, sind wir auf wenige, teils sehr knappe Arbeiten angewiesen<sup>51</sup>; und zu den übrigen Parteien – die NSDAP eingeschlossen – liegen bislang nur erste Bruchstücke vor<sup>52</sup>, vor allem wiederum eine Studie aus dem angelsächsischen Raum:

Glücksburg 1956; Hanna Schissler, Die Junker. Zur Sozialgeschichte und historischen Bedeutung der agrarischen Elite in Preußen, in: Hans-Jürgen Puhle/Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Preußen im Rückblick, Göttingen 1980, S. 89–122; Dieter Hertz-Eichenrode, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchungen eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Köln 1969; zeitgeschichtliche Kapitel enthält auch Gerd Heinrich, Staatsdienst und Rittergut. Die Geschichte der Familie von Dewitz in Brandenburg, Mecklenburg und Pommern, Bonn 1990.

<sup>50</sup> Wolfram Pyta, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996, S. 16. Die Arbeit von Eckart Conze, Von deutschem Adel. Die Grafen Bernsdorff im 20. Jahrhundert, Stuttgart/München 2000, widmet sich vor allem den Verhältnissen in Mecklenburg und im Hannoverschen.

<sup>51</sup> Zu dem aus Schlesien stammenden langjährigen Reichspräsidenten Paul Löbe, der bislang leider noch nicht Gegenstand einer größeren Biographie geworden ist, vgl. die Broschüre von Helmut Neubach, Paul Löbe, Bonn 1999 (erschienen als Arbeitshilfe Nr. 46 beim Kulturreferat des Bundes der Vertriebenen); zum langjährigen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und zur ostpreußischen Sozialdemokratie vgl. Schulze, Otto Braun; Wilhelm Matull, Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick, Würzburg 1970; ders., Ostdeutschlands Arbeiterbewegung: Abriß ihrer Geschichte, Leistung und Opfer, Würzburg 1973, sowie Hans-Jakob Tebarth, Technischer Fortschritt und sozialer Wandel in deutschen Ostprovinzen. Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien im Zeitalter der Industrialisierung, Berlin 1991; daneben Reinhard Krämer, Zur Gewerkschaftsbewegung in Oberschlesien von den Anfängen bis zur Teilung (1869–1922), in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 29 (1993), S. 470–490; Rainer Eckert, Arbeiter in der preußischen Provinz. Rheinprovinz, Schlesien und Pommern 1933–1939 im Vergleich, Frankfurt a. M. 1997; Dokumente und Materialien zum gemeinsamen Kampf der revolutionären deutschen und polnischen Arbeiterbewegung 1918–1939, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und dem Instytut Slaski, Opatów 1977. Vgl. auch Martina Grote, Deutsche Sozialdemokratie in Ostoberschlesien (1919–1939). Eine Partei zwischen den Fronten, in: Oberschlesisches Jahrbuch 3 (1987), S. 147–177; Sabine Bamberger-Stemmann hat die Aufmerksamkeit der deutschen Forscher zudem auf eine wichtige Studie des polnischen Historikers Wiesław Lesiuk über „Die polnische und deutsche sozialistische Bewegung im Regierungsbezirk Opatów in den Jahren 1918–1922/23“ (Opatów 1989) gerichtet. Siehe Sabine Bamberger-Stemmann, Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg. Polnische Untersuchungen der Jahre 1989 bis 1993 zu einer Phase des Umbruchs in Europa, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 46 (1997), S. 561–572, hier S. 568.

<sup>52</sup> Zur NSDAP und den wichtigsten anderen Parteien vgl. Helmut Neubach, Parteien und Politiker in Schlesien, Dortmund 1988; ders., Die Ausschaltung der schlesischen Zentrumspartei durch die NSDAP im Jahre 1933, in: Beiträge zur Geschichte Schlesiens im 19. und 20. Jahrhundert. Hans-Ludwig Abmeier zum 60. Geburtstag, hrsg. von Peter Chmiel, Helmut Neubach und Nikolaus Gussone, Dülmen 1987, S. 85–103; Shelley Baranowski, The Sanctity of Rural Life, Nobility, Protestantism, and Nazism in Weimar Prussia, New York/Oxford 1995; dies., The Sanctity of Rural Life: Protestantism, Agrarian Politics and Nazism in Pomerania during the Weimar Republic, in: German History 9 (1991), S. 1–22; Uwe Schröder, Zur Entwicklung der Hitlerbewegung in Pommern (1922–1929), in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 41 (1993),

Richard Bessels aus den Quellen gearbeitete Monographie über die SA in Ostdeutschland 1925 bis 1934<sup>53</sup>. Auch auf seiten der polnischen Regionalgeschichtsforschung fehlte lange Zeit der Impuls, sich mit dem Nationalsozialismus in Ostdeutschland vor 1939 eingehender auseinanderzusetzen. 1987 wurde zwar eine wichtige Studie über „Die nationalsozialistische Bewegung in den schlesischen Provinzen“ vorgelegt<sup>54</sup>. Doch noch eine 1995 erschienene, stark institutionengeschichtlich angelegte Arbeit von Bohdan Koziello-Poklewski über „Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Ostpreußen 1921–1933“ ging kaum über das hinaus, was aus der deutschen Forschung, vor allem seit der Studie von Hertz-Eichenrode, bekannt ist<sup>55</sup>. Und in der 1992 vorgelegten Geschichte Ermlands und Masuriens von Stanislaw Achremczyk kommt für die Zeit ab den Teilungen Polens praktisch ohnehin nur noch die polnische Bevölkerung im heute polnischen Teil Südostpreußens in den Blick<sup>56</sup>.

## II. Gründe für die Forschungslücken

Die Gründe, die zu den Forschungslücken in der Zeitgeschichte des preußisch-deutschen Ostens beigetragen haben, sind vielschichtig. Zunächst sind sie im Kontext grundsätzlicher Schwierigkeiten der Deutschen zu suchen, nach 1945 ein angemessenes Verhältnis zu ihrer jüngsten Vergangenheit zu finden. Trotz aller staatlicher und medialer Bemühungen um die „Bewältigung“ der NS-Katastrophe haben die Deutschen, folgt man einem Gedanken Peter Graf Kielmanseggs, in der privaten Sphäre eine „Gefühlsbeteiligung“ an den fremden, aber in gewisser Weise auch an den eigenen Opfern vermieden und versucht, eine „neue, geschichtslose Identität zu finden“<sup>57</sup>. Gehörte dazu, so läßt sich fragen, auch die „Verdrängung“ des auf so enge Weise mit den letzten Kapiteln des Dritten Reichs, mit Flucht und Vertreibung verknüpften preußisch-deutschen Ostens, in dessen unmittelbarer räumlicher Nachbar-

S. 197–216; Kyra T. Inachin, Die nationale Rechte Pommerns und Hitler, in: Bert Becker/Kyra T. Inachin (Hrsg.), Pommern zwischen Zäsur und Kontinuität, Schwerin 1999, S. 129–162; Detlef Mühlberger, The occupational and social structure of the NSDAP in the border province Posen-West Prussia in the early 1930s, in: *Europ. Hist. Quart.* 15 (1985), S. 281–311; Dieter Hertz-Eichenrode, Die Wende zum Nationalsozialismus im südlichen Ostpreußen 1930–1932. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Masurentums, in: *Olstynskio Studia niemcoznawcze* 1986, S. 59–114.

<sup>53</sup> Vgl. Richard Bessel, *Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925–1934*, New Haven/London 1984.

<sup>54</sup> Franciszek Biały, *Ruch narodowosocjalistyczny w prowincjach slaskich*, Breslau 1987.

<sup>55</sup> Vgl. die Besprechung des Buches durch Jörg Hackmann in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung* 47 (1998), S. 284f.

<sup>56</sup> Vgl. Jörg Hackmann, Klar zur Wende. Plädoyer für eine Revision der Geschichtsschreibung über Ostpreußen; vom Autor freundlicherweise zur Verfügung gestellte deutsche Fassung eines auf polnisch erschienenen Aufsatzes in: *Borussia. Kultura, Historia, Literatura* 22 (2000), S. 64–72.

<sup>57</sup> Peter Graf Kielmansegg, *Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit*, Berlin 1989, S. 68.

schaft, in Auschwitz, Majdanek und Treblinka, der Holocaust verübt wurde? Haben die Deutschen aus Scham über die Verbrechen des NS-Regimes die ebenso nachvollziehbare wie problematische Unterlassung begangen, um den Verlust des Ostens zu trauern, „darum, daß eine bedeutende Spur ihrer Geschichte ausgelöscht, ein Kernstück des deutsch geprägten mitteleuropäischen Kulturraumes für immer zerstört ist“<sup>58</sup>? Alfred Heuß gibt auf diese Fragen in seinen Betrachtungen über den „Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses“ eine drastische Antwort. Es sei, so meint Heuß im Blick auf den Stellenwert des historischen deutschen Ostens im kollektiven Gedächtnis unserer Nation, als ob „ein Franzose an den Verlust von Indochina“ denke<sup>59</sup>. Dabei hätten 1945 deutsche Volksstämme ihr Ende gefunden, „ohne die das Bild Deutschlands ein halbes Jahrtausend hindurch unvorstellbar“ wäre, seien mit den preußischen Ostgebieten ungeachtet ihrer überwiegend agrarischen Struktur auch Großstädte wie Königsberg, Danzig, Breslau und Stettin untergegangen, ohne die „der kulturelle und soziale Hintergrund der deutschen Geschichte unvollständig wäre“; doch würden diese banalen Tatbestände „heute wahrscheinlich vom größten Teil des deutschen Volkes nicht mehr gewußt“<sup>60</sup>.

Auf den ersten Blick erstaunt es vor allem, wie wenig hier (zeit-)geschichtswissenschaftlich in den 1950er und 1960er Jahren geschehen ist, als das große Wählerpotential der Vertriebenen von allen wichtigen Parteien heftig umworben wurde, als die Landsmannschaften noch mächtige Pressure-groups darstellten, als in der Anfangszeit der Bundesrepublik historische Kommissionen für die Geschichte Schlesiens, Pommerns, Ost- und Westpreußen gegründet wurden, als der stark von Ostpreußen geprägte Göttinger Arbeitskreis<sup>61</sup> oder die vor allem um die Schlesien-Forschung bemühte Ostdeutsche Forschungsstelle in Dortmund, der Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat – als eine Art historisch-landeskundlicher Akademie – oder das Herder-Institut in Marburg<sup>62</sup> – wie das auf sudetendeutsche Fragen spezialisierte Collegium Carolinum in München ein historisch-landeskundliches Institut – ihre Arbeit aufnahmen<sup>63</sup>. Bereits im Dezember 1956 indes äußerte die Kultusministerkonferenz

<sup>58</sup> Ebenda, S. 69.

<sup>59</sup> Alfred Heuß, *Versagen und Verhängnis. Vom Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses*, Berlin 1984, S. 143; vergegenwärtigt man z.B. die Wirkung des vielbeachteten Films „Indochine“ im Frankreich der 1990er Jahre, so drängt sich der Eindruck auf, Indochina sei im kollektiven Gedächtnis der französischen Nation immer noch präsenter als der Osten in der Erinnerung der Deutschen.

<sup>60</sup> Ebenda, S. 142.

<sup>61</sup> Er entstand auf Initiative des letzten Kurators der Königsberger Albertus-Universität, Friedrich Hoffmann. Vgl. Joachim Freiherr von Braun, *Fünf Jahre Arbeit für den deutschen Osten. Der Göttinger Arbeitskreis. Tätigkeitsbericht zu seinem fünfjährigen Bestehen*, in: *Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg* 2 (1952), S. 208–251.

<sup>62</sup> Vgl. Hugo Wecerka, *Johann Gottfried Herder-Forschungsrat und Johann Gottfried Herder-Institut. Entstehung und Entwicklung eines Verbundes der Ostmitteleuropaforschung*, Marburg/Lahn 1992; sowie die Selbstdarstellung: *Das Herder-Institut e. V. Im Dienste der Ostmitteleuropa-Forschung*, Marburg 1995.

<sup>63</sup> Für Pommern entstand – anders als für Ostpreußen und Schlesien – kein landesgeschichtliches Zentrum im Westen, vielmehr wurde die Forschungs- und Publikationsarbeit vor allem in Mar-

auf ihrer Hamburger Plenartagung die Sorge, daß das „deutsche Geistesleben und Bildungswesen von den politischen und kulturellen Gegebenheiten des europäischen Ostens bis vor kurzem kaum Kenntnis genommen, ja selbst den eigenen Osten und Südosten in verhängnisvoller Weise aus dem Blick verloren“ habe. Das Anliegen der Kultusminister, die Leistungen des deutschen Ostens im „deutschen Geschichtsbeußtsein zu verankern“, damit vor allem auch die Jugend „ein inneres Verhältnis zu den Vertreibungsgebieten als zur Heimat eines Teiles ihres Volkes“ entwickeln könne, erschien freilich nicht als Selbstzweck; vielmehr galt eine vertiefte Kenntnis Ost- und Ostmitteleuropas auch als Grundlage der „Auseinandersetzung“ mit dem dort herrschenden kommunistischen System<sup>64</sup>. Folglich wurde es unterlassen, eigene Lehrstühle und Universitätsinstitute für die Geschichte des alten Ostdeutschlands zu gründen, statt dessen schuf man – mit einem anderen, wenn auch per se durchaus sinnvollen inhaltlichen Profil – Professuren für osteuropäische Geschichte. So hing es dann ganz von persönlichen Forschungsinteressen einzelner Hochschullehrer ab, ob und in welchem Umfang die Geschichte der preußischen Ostprovinzen Aufmerksamkeit fand. Zu Zentren der historischen und politikwissenschaftlichen Forschung entwickelten sich die Universitäten Bonn (Walther Hubatsch, Herbert Schlenger, Udo Arnold) und Göttingen (Wilhelm Abel), gefolgt von Erlangen-Nürnberg, Mainz, Münster, Köln, Berlin und Würzburg<sup>65</sup>.

In der tagespolitischen Prioritätenliste stand neben der Aufklärung des Vertreibungsverbrechens selbst die Vermittlung von Grundinformationen über die Ostgebiete, ihre Jahrhunderte lange Verflechtung mit dem Reich, ihre wirtschaftliche Bedeutung für Deutschland etc., im Vordergrund<sup>66</sup>; Themen also, die der Legitimierung des von allen wichtigen Parteien rechtlich aufrechterhaltenen Anspruchs auf die Oder-Neiße-Gebiete in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 dienten. Daß dies alles immer weniger Resonanz fand, hing nicht zuletzt mit der Verankerung der Bundesrepublik im „Westen“ zusammen. Durch Adenauers europäische und nordat-

burg, Berlin und Kiel geleistet. Zur besonders schwierigen Situation der ostbrandenburgischen Landesgeschichte vgl. Gerd Heinrich, Landesgeschichtliche Arbeiten und Aufgaben in Berlin-Brandenburg. Rückblicke und Ausblick, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 39 (1990), S. 2–42, hier S. 10. Erste Orientierung vermittelt Ingo Materna, Brandenburg als preußische Provinz in der Weimarer Republik (1918–1933), in: Ders./Wolfgang Ribbe (Hrsg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 561–618, sowie der ebenfalls in diesem Band (S. 619–676) erschienene Beitrag von Laurenz Demps, Die Provinz Brandenburg in der NS-Zeit (1933–1945).

<sup>64</sup> Helmut Altrichter, Wissenschaft im politischen Auftrag? Die Einrichtung des Lehrstuhls für Osteuropäische Geschichte, in: Helmut Neuhaus, Geschichtswissenschaft in Erlangen, Erlangen/Jena 2000, S. 289–314, hier S. 294; vgl. auch Erwin Oberländer (Hrsg.), Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945–1990, Stuttgart 1992; Eduard Mühle, „Ostforschung“. Beobachtungen zu Aufstieg und Niedergang eines geschichtswissenschaftlichen Paradigmas, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 46 (1997), S. 317ff.

<sup>65</sup> Vgl. Schlechte, Ostdeutschland, S. 5ff.

<sup>66</sup> Aus der reichhaltigen Publikationsliste dieser Art sei beispielhaft zitiert: Ostdeutschland – Unvergeßenes Land. Pommern, Schlesien, Ostpreußen. Von Ernst Giese. Sozialkundliches Lesebuch für die Ostkunde, Frankfurt a. M. 1957.

lantische Integrationspolitik in den 1950er Jahren rasch vorangetrieben, wurde die wirtschafts- und sicherheitspolitische ebenso wie die politisch-kulturelle „Westbindung“ nicht nur zu einer unabdingbaren Voraussetzung der großen Erfolgsgeschichte der zweiten deutschen Demokratie, sie führte mit einer gewissen Unvermeidlichkeit wohl auch dazu, daß die zunehmend nach dem Westen ausgerichtete Gesellschaft gleichsam im Gegenzug den Osten aus dem Blick verlor. War es, wenn das Schaukeln zwischen Ost und West jetzt immer mehr als fatales Element eines deutschen Sonderwegs begriffen wurde, nicht gleichsam sachlogisch, sich fortan eindeutig nach einer – und zwar der westlichen – Richtung hin zu orientieren? Und mußte dies nicht auch für die bundesdeutsche Wissenschaft gelten, die ihre Untersuchungsgegenstände wie ihre institutionellen Kooperationspartner immer öfter im Westen fand?

Erschwerend kam hinzu, daß die Disziplin der Zeitgeschichte in den 1950er Jahren gerade erst im Entstehen begriffen war. Historiker, die sich überhaupt an die Geschichte der Mitlebenden wagten, gab es noch wenige; von den besonderen Quellenproblemen ostdeutscher Zeitgeschichtsforschung unter den Vorzeichen des Kalten Krieges und des erschwerten Zugangs zu Archiven in den neuen polnischen bzw. russischen Westgebieten einmal ganz abgesehen<sup>67</sup>. Obendrein dürfen Theodor Schieder Bemühungen, bei der Dokumentation der Vertreibung der Deutschen auch die Vorgeschichte in den Blick zu bekommen, von einem grundsätzlichen biographischen Problem der bundesdeutschen Ostforschung nicht ablenken: Bei der wissenschaftlichen Betrachtung des Vertreibungsprozesses und seines Zusammenhangs mit der nationalsozialistischen Volkstums-, Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik wurde so mancher buchstäblich von der eigenen Vergangenheit eingeholt, beschäftigte sich jetzt also wissenschaftlich mit Umsiedlungsvorgängen, die er unter Umständen selbst angeregt und befürwortet hatte, und griff auf Akten aus dem Bestand des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums zurück, die er möglicherweise selbst produziert hatte. Und das erschwerte, wie Theodor Schieder später bekannte, „die innere Auseinandersetzung mit jenem Stück Zeitgeschichte, auf dem unser ganzes heutiges Schicksal beruht“<sup>68</sup>.

<sup>67</sup> Der Zugang zu den historischen Quellen war nach 1945 abgerissen, soweit Bestände nicht wie das Königsberger Staatsarchiv rechtzeitig vor dem Einmarsch der Roten Armee in den Westen ausgelagert worden waren und dort einer weiteren Benutzung zur Verfügung standen. Die Königsberger Akten, zunächst in das Staatliche Archivlager nach Göttingen verbracht, wurden 1979 dann an das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin abgegeben. Vgl. Kurt Forstreuter, *Das Preußische Staatsarchiv in Königsberg. Ein geschichtlicher Rückblick mit einer Übersicht über seine Bestände*, Göttingen 1955. Einen Überblick über die Archivsituation bietet der von der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat OKR herausgegebene Band: *Ostdeutsches Kulturgut in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch der Sammlungen, Vereinigungen und Einrichtungen mit ihren Beständen*, bearb. von Wolfgang Kessler, München u. a. 1989.

<sup>68</sup> Theodor Schieder, *Geschichte als Wissenschaft. Eine Einführung*, München/Wien 1965, S. 31. Vgl. auch Mathias Beer, *Der „Neuanfang“ der Zeitgeschichte nach 1945. Zum Verhältnis von nationalsozialistischer Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik und der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa*, in: Winfried Schulze/Gerhard Oexle (Hrsg.), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1999, S. 274–301, hier S. 291f.

Daß die altostdeutschen Forschungslücken nicht energischer gefüllt wurden<sup>69</sup>, wird man aber vielleicht auch auf Befürchtungen in Vertriebenenkreisen selbst zurückführen müssen, eine intensivere Beschäftigung mit der jüngsten politischen Geschichte ihrer Heimat könne der – vor allem bei ihnen seit Mitte der 1960er Jahre rasch zahlreicher werdenden politischen Gegnern verbreiteten – Ansicht Vorschub leisten, sie seien an ihrem schlimmen Schicksal letztlich irgendwie mit schuldig, weil sie der völkischen Verführung durch den Nationalsozialismus so massenhaft erlagen<sup>70</sup>. Wie fragwürdig dieses Urteil ist, erhellt freilich schon daraus, daß es unterhalb der Ebene der Reichstagswahlkreise auch im Westen des Reiches eine ganze Reihe protestantischer Agrarregionen wie Oberhessen oder Westmittelfranken gab, deren Wähler 1932/33 mindestens ebenso massiv wie Ostpreußen, Pommern und Niederschlesien für die NSDAP votierten, ohne dafür am Kriegsende mit Flucht und Vertreibung zu büßen – ganz abgesehen von dem Umstand, daß die oberschlesischen Wahlergebnisse der NSDAP weit hinter den genannten Rekordziffern zurückblieben. Zudem hatten sich die Nationalsozialisten in den ostdeutschen Hochburgen der DNVP erst relativ spät 1932 durchgesetzt<sup>71</sup> – und dies im übrigen nicht selten gerade gegen den Widerstand nationalkonservativer Großgrundbesitzer<sup>72</sup>. Tatsächlich aber wurde die vom Kreis um Schieder in den 1950er Jahren entwickelte *wissenschaftliche Erklärung* der Vertreibung aus dem Kontext des übersteigerten europäischen Nationalismus seit dem 19. Jahrhundert und daraus entspringender Bevölkerungsumsiedlungen, einschließlich der nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungspolitik, gesamtgesellschaftlich, aber auch von vielen Betroffenen in den

<sup>69</sup> Ganz im Gegenteil nahm etwa die Zahl der einschlägigen Hochschulschriften in den 1960er Jahren rapide ab, nicht zuletzt wohl deshalb, weil für ihre Entstehung persönliche Beziehungen der Verfasser zur ostdeutschen Thematik eine große Rolle gespielt hatten. Vgl. Schlechte, Ostdeutschland, S. 6.

<sup>70</sup> Vgl. etwa den mit „Bregensis“ gezeichneten Kommentar „Die meisten Nazis gab’s in Schlesien“, in „Schlesien heute“ 9 (2001), S. 8, der sich kritisch mit einem irreführenden Beitrag von Konrad Fuchs im 3. Band der bereits erwähnten „Geschichte Schlesiens“ auseinandersetzt. Darin (S. 90) hatte Fuchs geschrieben, die NSDAP habe auch in Oberschlesien „überdurchschnittliche Wahlerfolge“ errungen, und unzutreffenderweise resümiert, „der triumphale Erfolg“ der Nationalsozialisten sei „in Schlesien [...] noch eindrucksvoller als in den übrigen Reichsteilen“ gewesen. Vgl. auch die kritischen Besprechungen des Beitrags durch Helmut Neubach, in: Das Historisch-Politische Buch 48 (2000), S. 645, sowie durch Wolfgang Kessler, in: Historische Zeitschrift 272 (2001), S. 137–140.

<sup>71</sup> Vgl. Jürgen Bergmann/Klaus Megerle, Protest und Aufruhr der Landwirtschaft in der Weimarer Republik (1924–1933). Formen und Typen der politischen Agrarbewegung im regionalen Vergleich, in: Jürgen Bergmann u. a. (Hrsg.), Regionen im historischen Vergleich. Studien zu Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1989, S. 200–287.

<sup>72</sup> Hierzu sehr instruktiv Pyta, Dorfgemeinschaft, S. 346. Kennzeichnend sind in diesem Zusammenhang die dem schlesischen NSDAP-Gauleiter Helmuth Brückner zugeschriebenen Äußerungen über den heimischen Adel: „Das sind Leute, die immer schreien: Ohne uns kann nicht regiert werden. Nun, wir Nazis werden es den Herren zeigen, daß wir die Grafen Rotz von Rotenstein nicht brauchen. Sie können bei uns einsteigen, aber nur im Anhängerwagen Nr. 7 und 8. Kutschieren werden wir!“ Zit. nach Helmut Neubach, Helmuth Brückner. Gauleiter von Schlesien 1925–1934, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau XXXVIII/1997/XXXIX/1998, S. 783–798, hier S. 798.



Landsmannschaften mehr und mehr als *politisch-moralische Entschuldigung* des Vertreibungsverbrechens an Millionen Ostdeutschen (fehl-)wahrgenommen.

Spätestens seit der Debatte um eine „neue Ostpolitik“ Mitte der 1960er bis Anfang der 1970er Jahre, in deren Folge immer weniger Zeitgenossen den Vertriebenen mit Sympathie oder auch nur Empathie begegneten, ist es wohl nicht nur das vielfach unsichere Verhältnis der Vertriebenenorganisationen zu den historischen Wissenschaften<sup>73</sup>, das zur Teilnahmslosigkeit unserer Gesellschaft gegenüber der ostdeutschen Vergangenheit beitrug. Vielmehr haftete dem Thema seit dieser Zeit vor allem in den Augen jüngerer, sich politisch progressiv definierender Forscher „eine Art von Hautgout“<sup>74</sup> an, der zunehmend auch die Beschäftigung mit dem Vertreibungsgeschehen selbst politisch inkorrekt werden ließ. Ich selbst erinnere mich noch gut an eine Lehrveranstaltung zur Vertreibung, die ich Mitte der 1980er Jahre als Erlanger Student am Seminar für Osteuropäische Geschichte besuchte und bei der gleich in der ersten Stunde der Leiter des Hauptseminars, ein Privatdozent, glaubte, sein Thema rechtfertigen zu müssen, weil er befürchtete, er würde schon allein aufgrund der Themenwahl in einen falschen, revanchistischen Verdacht kommen<sup>75</sup>.

Immer wieder konnte man in den 1970er und 1980er Jahren, wie Boockmann es formuliert hat, „eine unfreiwillige Koalition“ beobachten, die aus denjenigen in der Bundesrepublik (und der DDR) bestand, die meinten, etwas für Frieden und Entspannung zu tun, „indem sie die Geschichte Ostdeutschlands leugneten“, zum anderen aus Polen und Tschechen, welche die faktisch bestehenden Grenzen gleich auch noch „für alle Vergangenheit gültig machen wollten“<sup>76</sup>, aber auch aus Westdeutschen, die nach wie vor an der Beseitigung dieser Grenzen interessiert waren „und zu diesem Zweck – aber eben nur diesem Zweck – auch Historiker in ihren Dienst zu nehmen bereit waren“<sup>77</sup>. Vor allem der Vorwurf, „aufrechnen“ zu wollen, die Verbrechen des Dritten Reiches schon durch bloße Beschäftigung mit der Problematik der Vertreibung der Deutschen quasi bagatellisieren zu wollen, gewann teilweise tabuisierenden Charakter und hat eine Erforschung der ostdeutschen Zeitgeschichte

<sup>73</sup> Schon Theodor Schieder, alles andere als ein „vaterlandsloser Gesell“, war wegen der Dokumentation der Vertreibung unter heftigen Beschuß jener Vertriebenenkreise geraten, die die strenge Wissenschaftlichkeit und Objektivität der Publikation in Zweifel zogen und meinten, diese sei nach dem Geschmack der Vertreiberstaaten ausgefallen. Vgl. hierzu Beer, *Im Spannungsfeld*, S. 376f.

<sup>74</sup> Hartmut Boockmann, *Wo liegt Ostdeutschland? Die Deutschen und ihre Geschichte im östlichen Mitteleuropa*, in: *Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte. Neue Folge Band I (1992)*, Heft 1, S. 7–19, hier S. 17.

<sup>75</sup> An den Universitäten Bremen und Marburg wurde der Begriff „Vertreibung“ manchmal sogar durch den Begriff „Völkerwanderung“ ersetzt. Schlechte, *Ostdeutschland*, S. 5.

<sup>76</sup> Boockmann, *Wo liegt Ostdeutschland?*, S. 17; vgl. auch die Kritik an der polnischen Historiographie zwischen 1945 und 1990, die das „deutsche Erbe aus politischen Gründen ausgeblendet“ und gleichzeitig alles überbetont habe, „was von der Kontinuität und Beständigkeit polnischer Einflüsse zeugte“, in: Wojciech Wrzesiński, *Auf dem Weg zu einer neuen Gesamtdarstellung der Geschichte Schlesiens*, in: *Silesiographia. Stand und Perspektiven der historischen Schlesienforschung. Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburtstag*. Hrsg. von Matthias Weber und Carsten Rabe, Würzburg 1998, S. 171–181, hier S. 175.

<sup>77</sup> Boockmann, *Wo liegt Ostdeutschland?*, S. 17.

erheblich erschwert – ganz so, als ob den Opfern des Holocaust, deren fürchterliches Schicksal heute mit Grund Bibliotheken füllt, damit gedient war, die Opfer der Vertreibung und ihre Geschichte zu verdrängen. Klaus Ziemer, Direktor des Deutschen Historischen Instituts Warschau, hat in diesem Zusammenhang differenzierend darauf verwiesen, daß beim Thema Vertreibung, ähnlich wie auf anderen Feldern der „Vergangenheitsbewältigung“, eine Diskrepanz zwischen Spezialistenwissen und gesellschaftlichem Wissen aufgetreten sei; die Problematik sei zwar in der Wissenschaft nicht generell ausgeblendet worden, habe aber zumindest „lange großes Unbehagen hervorgerufen“<sup>78</sup>.

Wie vermint dieses historiographische Gelände war, zeigte sich schlaglichtartig, als 1986 zwei bereits ältere und keineswegs als anstößig empfundene Aufsätze des renommierten Zeithistorikers Andreas Hillgruber (geb. 1925 im ostpreussischen Angerburg) zur Problematik Holocaust und Vertreibung aufgrund einer Verlagssynthese in ein- und demselben Bändchen unter dem Titel „Zweierlei Untergang“ herauskamen<sup>79</sup> und daraufhin der sogenannte Historikerstreit losbrach. Anderthalb Jahrzehnte später erkannte das literarische alter ego von Günter Grass in seiner Novelle über den Untergang der Wilhelm Gustloff: „Niemand hätte man über so viel Leid, nur weil die eigene Schuld übermächtig und bekennde Reue vordringlich gewesen sei, schweigen, das gemiedene Thema den Rechtsgestrickten überlassen dürfen“. Und in einer Besprechung der Novelle in der „Zeit“ äußerte sich Günter Franzen selbstkritisch: „Man muß schon mit einer erheblichen Trägheit des Herzens geschlagen sein“, wenn man sich der späten Einsicht verweigere, daß der von der 68er-Generation jahrzehntelang befolgte „Ernüchterungsappell“ („Wir haben die Sowjetunion mit Krieg überzogen, dem Land unendliches Leid gebracht und dann den Krieg verloren“) nur die halbe Wahrheit enthalte<sup>80</sup>.

Allerdings schien außenpolitische Zurückhaltung manchen politischen Kräften um so mehr angebracht, als das Deutsche Reich infolge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts noch lange nach den Ostverträgen – während der ganzen 1970er und 1980er Jahre bis zum Zwei-plus-Vier-Abkommen im Rahmen des deutschen Einigungsprozesses 1990 – de jure in den Grenzen von 1937 fortbestand; eine friedliche Revision der 1945 geschaffenen Fakten blieb zumindest theoretisch denkbar, so daß ostdeutsche Kulturpflege – soweit sie die Oder/Neiße-Gebiete betraf – vor dem Hintergrund von Debatten um „Schlesien bleibt unser“<sup>81</sup> teilweise als geistige Vorbereitung revanchistischer Politik empfunden wurde, obschon die Heimatvertriebe-

<sup>78</sup> Thomas Medicus, Doppelter Blickpunkt. Vertreibung in polnischer Sicht: Ein Besuch in Warschau, in: Frankfurter Rundschau vom 22.2. 2002.

<sup>79</sup> Vgl. Andreas Hillgruber, *Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums*, Berlin 1986.

<sup>80</sup> Günter Franzen, *Der alte Mann und sein Meer*, in: *Die Zeit* vom 7.2. 2002.

<sup>81</sup> So hatte zunächst das Motto des Schlesiertages 1985 lauten sollen, das aber dann nach massiver Intervention von Bundeskanzler Helmut Kohl umgeändert wurde: „Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker“.

nen bereits gleich nach dem Krieg in ihrer viel zu selten gewürdigten Charta vom August 1950 ausdrücklich auf Rache und Vergeltung verzichtet hatten.

Darüber hinaus gehörten die ostdeutschen Regionen, vom oberschlesischen Industriegebiet und dem katholischen Ermland abgesehen, so gut wie sämtlich zum flachen (evangelischen) Land, einem sozialstrukturellen Typus, der ohnehin „nie das Lieblingskind einer einflußreichen Forschungsrichtung in der deutschen Nachkriegshistoriographie“<sup>82</sup> war. Deren Hauptaugenmerk galt bekanntlich lange den gesellschaftlichen Entwicklungen in der Arbeiterschaft oder im Bürgertum der städtischen Zentren, nicht aber den politischen und sozialen Prozessen in der Agrarprovinz; und die daraus resultierenden Defizite wurden im evangelischen Bereich auch nicht durch eine Historiographie ausgeglichen, die der gut organisierten Katholizismus-Forschung irgendwie vergleichbar gewesen wäre<sup>83</sup>. Kaum geringer waren die Impulse, die zur Erforschung des ländlichen Ostens von der Agrargeschichte ausgingen, die in den letzten Jahrzehnten nicht eben Konjunktur hatte.

Schließlich kann auch nicht außer Betracht bleiben, daß schon die alte deutsche Ostforschung mit der von ihr spätestens nach 1918 betriebenen Auflösung des Landesbegriffs zugunsten der Volksgeschichte den Gegenstand der Landesgeschichte des preußischen Ostens vollkommen zerstört hatte. Die zunehmende volks- und kultur- bodengeschichtliche Interpretation Ostdeutschlands und Ostmitteleuropas sollte vor allem die politische Fragwürdigkeit der in Versailles geschaffenen neuen Nationalstaaten im Osten untermauern, öffnete die „Deutsche Ostforschung“ – wie sie sich nun gerne selbst bezeichnete – freilich dann auch nationalsozialistischen Instrumentalisierungsversuchen. Mit dem Verlust eines „definierten Gegenstandsverständnisses an dem Land als Ganzem“<sup>84</sup> ging zudem der Verlust der Dialogbereitschaft mit der Slawistik, der potentiell wichtigsten Partnerwissenschaft, einher. In ihrer philologischen Verkümmern nach dem Prinzip „Polonica non leguntur“ beraubte sich die Ostforschung so ihrer wichtigsten Verstehensgrundlagen. Daß es in den 1950er Jahren keinen präzise artikulierten Bruch mit dieser Tradition gegeben habe, machte nach Zernack den neuen Anfang der Ostforschung so fragwürdig und erklärte auch einen lange spürbaren Mangel der universitären ostdeutschen Landesgeschichte an slawistisch gebildetem wissenschaftlichen Nachwuchs<sup>85</sup>.

Neben methodologischen und ideologischen Entwicklungen haben auch weitere ganz praktische Hemmnisse verhindert, daß mehr weiße Flecken auf der zeitgeschichtlichen Landkarte Ostdeutschlands für die Jahre 1918 bis 1944 gefüllt werden

<sup>82</sup> Pyta, *Dorfgemeinschaft*, S. 16; vgl. auch Manfred Kittel, *Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918–1933/36*, München 2000, S. 21f.

<sup>83</sup> Vgl. z.B. die auch aus schlesischen Quellen gearbeitete, bei der Kommission für Zeitgeschichte veröffentlichte Studie von Wieland Vogel, *Katholische und nationale Kampfverbände in der Weimarer Republik*, Mainz 1989; daneben Werner Thimm, *Die katholische Arbeiterbewegung in den Bistümern Ermland, Kulm und Danzig*, in: *Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde Ermlands* 40 (1980), S. 20–63.

<sup>84</sup> Zernack, *Der historische Begriff*, S. 170.

<sup>85</sup> Vgl. ebenda.

konnten. Da war zum einen, wie schon angedeutet, die Auflösung des Staates Preußen, dem die fraglichen Gebiete angehört hatten. Das lange „völlig fehlende“ Interesse an Preußen in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft hat – mit Walter Ziegler zu reden – „dessen Geschichte weitgehend versinken lassen“<sup>86</sup>, und Schlesien, Ostpreußen und Pommern konnten davon nicht ausgenommen bleiben. Trotz vielfältiger Bemühungen um die Pflege des preußischen Kulturbesitzes und trotz der gesetzlichen Verpflichtungen des Bundes um die Förderung des kulturellen Erbes der Vertreibungsgebiete stand jedenfalls kein mächtiges Land mehr so massiv hinter der preußischen Landesgeschichte, wie dies nötig gewesen wäre, um in unserem föderalen Kultursystem ein breiteres (finanzielles) Fundament für die Historiographie des preußischen und deutschen Ostens zu schaffen. Und die Konkurrenz der ohnehin nicht sonderlich zahlreichen Preußen-Historiker untereinander war auch nicht immer geeignet, Synergieeffekte zu erzeugen<sup>87</sup>. Heute ist es schließlich soweit gekommen, daß freigewordene Professuren für die Landesgeschichte Brandenburg-Preußens an den Berliner Universitäten nicht mehr besetzt werden.

Dieses Argument wird man noch um den Hinweis erweitern müssen, daß in der Bundesrepublik ohnehin nicht die Landesgeschichte die Epochen der Weimar Republik und des Nationalsozialismus als eigenständiges Forschungsobjekt entdeckt hatte, „sondern umgekehrt ein sozial-, seit den 80er Jahren dann verstärkt alltagsgeschichtlich ausgerichteter Zweig der NS-Forschung das ‚Land‘ als die Basis“ zu erforschen begonnen hat, auf der sich der Aufstieg, die Machteroberung und die Herrschaftsausübung des Nationalsozialismus vollzogen<sup>88</sup>. Dieser weniger landesgeschichtlich-„territorialistische“, sondern in gewisser Weise eher „heimat“-bezogene Zugriff wurde aber – nicht zuletzt was die vielfältigen Aktivitäten von „Barfuß-Historikern“ anbetraf – durch die physische Präsenz im lokalen oder regionalen Untersuchungsraum wesentlich erleichtert. Nur – „Graben, wo man steht“ war den nach dem Westen vertriebenen Ostdeutschen, soweit es um ihre miterlebte Geschichte vor 1945 ging, aufgrund der politischen Verhältnisse schlechterdings verwehrt. Und auch etwa in dem von der Historischen Kommission zu Berlin herausgegebenen Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, der Fachzeitschrift für die gesamte Geschichte Ostdeutschlands, dominiert bis heute ein klassisch-landesgeschichtlicher Ansatz mit Schwerpunkt auf Themen des Mittelalters und der frühen Neuzeit.

<sup>86</sup> Vgl. Walter Ziegler, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Die Vertriebenen, S. 4.

<sup>87</sup> Vgl. etwa zur Gründung der Preußischen Historischen Kommission 1977 den Beitrag ihres ersten Vorsitzenden Oswald Hauser, Preußische Historische Kommission, in: Neue Forschungen zur Brandenburgisch-Preußischen Geschichte 1, Köln/Wien 1979, S. VII.

<sup>88</sup> Ulrich von Hehl, Nationalsozialismus und Region. Bedeutung und Problem einer regionalen und lokalen Erforschung des Dritten Reiches, in: Zeitschrift für Bayerische Landesgeschichte 56 (1993), S. 111–129, hier S. 117.

## III. Forschungsperspektiven

Als sich im Rahmen der deutsch-polnischen Annäherung nach dem Warschauer Vertrag zunehmend eine vertrautere und kollegiale Zusammenarbeit zwischen westdeutschen Historikern und ihren polnischen Kollegen entwickelte<sup>89</sup> und 1987 auf der Schulbuchkonferenz in Posen eine Bilanz der mehr als ein Jahrzehnt lang geführten Schulbuchdiskussion gezogen wurde, bestand bemerkenswerterweise nicht zuletzt in einem zentralen wissenschaftspolitischen Punkt Einigkeit: Die weitere Kooperation deutscher und polnischer Forscher bedürfe einer Stützung durch Ausbau der ostdeutschen Landesgeschichte in der Bundesrepublik. Dies galt um so mehr, als es sich bei den nach § 96 des Vertriebenengesetzes geförderten Aktivitäten weithin nicht um Wissenschaft handelte, sondern um sogenannte Breitenarbeit<sup>90</sup>. Erst Anfang 1989 wurde im Rahmen eines Aktionsprogramms der Bundesregierung zur Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit ein neues „Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte“ in Oldenburg gegründet.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, nach dem Verzicht auf alte Gebietsansprüche zugunsten der Chance der deutschen Einheit und nach der definitiven Regelung der deutsch-polnischen und deutsch-russischen Grenzfrage 1990 ist weiter Bewegung in die Forschungslandschaft des – jetzt endgültig historischen – deutschen Ostens gekommen. Noch in den 1970er Jahren hatte sich die seit längerem spürbare Zurückhaltung gegenüber ostdeutscher Zeitgeschichte zwischen 1918 und 1944 mehr und mehr auch auf den Vertreibungskomplex selbst erweitert<sup>91</sup> und hatte es eine Bundesregierung als adäquaten Umgang mit den Ergebnissen historischer Forschung erachtet, einen Bericht des Bundesarchivs zu den Vertreibungsverbrechen besser unter Verschluss zu halten, der dann erst 1989 veröffentlicht werden konnte<sup>92</sup>. Heute dagegen wird teils über parteipolitische Grenzen hinweg vom SPD-Politiker Peter Glotz bis zur BdV-Vorsitzenden Erika Steinbach offen und vorwiegend konstruktiv über die Bedeutung eines Berliner Zentrums gegen Vertreibungen diskutiert.

Wie grundlegend und rasch sich das Klima nach dem revolutionären Umbruch in Mittel- und Osteuropa und der friedlichen Überwindung des Sowjetkommunismus wandelte, zeigte sich beispielsweise auch daran, daß die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung 1996 erstmals seit dem Krieg wieder eine Tagung im Arbeitsgebiet selbst, in Thorn/Torun, durchführen konnte, auf der vorwiegend jüngere Wissenschaftler aus Deutschland und Polen über ihre Forschungen

<sup>89</sup> Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen deutscher und polnischer Landesgeschichtsforschung seit 1972 vgl. Hackmann, Ostpreußen, S. 343–348.

<sup>90</sup> Vgl. Boockmann, Deutsche Geschichte, S. 12.

<sup>91</sup> Vgl. die streckenweise polemische Kritik von Herbert Ammon, Stiefkind der Zunft. Die deutsche Zeitgeschichtsforschung hat sich für das Thema Vertreibung wenig interessiert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.9. 1997, S. 10.

<sup>92</sup> Vgl. Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945–1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte, hrsg. von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1989.

berichteteten<sup>93</sup>. Einen ganz entscheidenden Schritt markierte aber vor allem die Initiative von Bundeskanzler Helmut Kohl zur Gründung eines Deutschen Historischen Instituts (DHI) in Warschau. Von den Studien, die das DHI seit 1993 veröffentlicht hat, seien nur die jüngste Publikation von Andreas Kossert („Preußen, Deutsche oder Polen? Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956“)<sup>94</sup> erwähnt oder die Forschungen von Robert Traba („Umbruch und Kontinuität. Ostpreußen in den politischen und kulturellen Veränderungen der Weimarer Republik“)<sup>95</sup>.

Die inter-nationale Arbeit des DHI als Bindeglied zwischen polnischer und deutscher Historiographie ist um so entscheidender, als nach wie vor auch Sprachprobleme die Erforschung der älteren schlesischen, pommerschen und ostpreußischen Zeitgeschichte behindern<sup>96</sup>. So hat etwa Helmut Neubach erst jüngst wieder im Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands bei der Besprechung eines Aufsatzes von Marek Maciejewski zur Entwicklung der NSDAP in Schlesien bis 1933 beklagt, daß der Autor entsprechende Studien aus der Bundesrepublik Deutschland nicht kenne, die bereits vor über zehn Jahren erschienen seien; und umgekehrt kennten auch manche deutsche Historiker nicht die neueren polnischen und tschechischen Veröffentlichungen<sup>97</sup>. Vor diesem Hintergrund sind Aktivitäten besonders zu würdigen, wie sie z.B. ein auf zwei Bände angelegtes Projekt zur Geschichte Oberschlesiens 1740–1989 verfolgt, das trilateral vom Schlesien-Institut in Oppeln, dem Herder-Institut Marburg und der Schlesischen Universität Troppau

<sup>93</sup> Ermöglicht wurde dies durch die Gastfreundschaft des Wissenschaftlichen Vereins zu Thorn (TNT). Beziehungen bestehen darüber hinaus zu dem neu gegründeten Forschungszentrum für die Geschichte Westlitauens und Preußens an der jungen Universität Memel (Klaipeda). Schwieriger gestaltet sich dagegen die landesgeschichtliche Kooperation mit dem Königsberger Gebiet der Russischen Föderation. Vgl. hierzu Bernhart Jähmig, Landesgeschichte des Preußenlandes. Forschungsstand und -möglichkeiten Ende des 20. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte und Landeskunde 21 (1997/1998), S. 93–108.

<sup>94</sup> Wiesbaden 2001 (Quellen und Studien des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 12).

<sup>95</sup> Vgl. Bulletin des DHI Warschau 1 (1995); bereits erschienen Robert Traba (Hrsg.), Selbstbewußtsein und Modernisierung. Sozialkultureller Wandel in Preußisch-Litauen vor und nach dem Ersten Weltkrieg, Osnabrück 2000.

<sup>96</sup> Um so wichtiger deshalb Orientierungshilfen wie die Aufsätze von Joachim Rogall, Die Tragödie einer Grenzlandbevölkerung – polnische Forschungen über die Masuren, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 41 (1992), S. 102–111; Sabine Bamberger-Stemmann, Oberschlesien nach dem Ersten Weltkrieg. Polnische Untersuchungen der Jahre 1989 bis 1993 zu einer Phase des Umbruchs in Europa, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 46 (1997), S. 561–572. Weiterführende Hinweise auf polnische Forschungsberichte zur Geschichte Pommerns im 19. und 20. Jahrhundert finden sich bei Jörg Hackmann, Gerard Labudas Konzeption der Geschichte Pommerns, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 41 (1993), S. 109–134, sowie in dem von Marian Biskup redigierten Sonderheft der „Zapiski Historyczne“ (über „Ergebnisse der nordpolnischen Historiographie in den Jahren 1945–1990“) 57 (1992), S. 221–253 (dort auch Hinweise zur polnischen Forschung über Ost- und Westpreußen).

<sup>97</sup> Vgl. Helmut Neubachs Besprechung des Sammelbandes Silesiographia, Stand und Perspektiven der historischen Schlesienforschung. Festschrift für Norbert Conrads zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Matthias Weber und Carsten Rabe, Würzburg 1998, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 45 (1999), S. 406.

betrieben wird. Als wichtiger, schon vor 1989 konzipierter Beitrag zur Überwindung nationalzentrischer Untersuchungsgänge darf auch der im Auftrag der Generaldirektion der Polnischen Staatsarchive und des Instituts für Zeitgeschichte erarbeitete Quellenband über „Deutsche und Polen zwischen den Kriegen. Minderheitenstatus und ‚Volkstumskampf‘ im Grenzgebiet“ gelten<sup>98</sup>.

Einem übernationalen und zugleich regionalistischen Ansatz verpflichtet ist die Kulturgemeinschaft Borussia, die im September 1990 von durchweg jüngeren polnischen Humanwissenschaftlern, Schriftstellern und Künstlern aus der Woiwodschaft Allenstein/Olsztyn gegründet wurde und die schon ein Jahr später eine bemerkenswerte Konferenz zum Thema „Ostpreußen/Prusy Wschodnie – Erbe und neue Identität“ veranstaltete<sup>99</sup>. Auch das Herder-Institut Marburg nutzte die entscheidend verbesserten Chancen, Fragen der deutschen Geschichte und Kultur in Polen nun gemeinsam mit polnischen Wissenschaftlern zu behandeln, etwa auf dem Wege einer gemeinsamen Tagung mit dem Instytut Zachodni (West-Institut) Posen im November 1994<sup>100</sup>, durch bibliographische Kooperationsprojekte<sup>101</sup> oder mittels eines jüngst veröffentlichten Sammelbands mit Beiträgen deutscher und ausländischer Autoren zu der Frage, wie die Geschichte der Deutschen in einzelnen östlichen Regionen zwischen 1945 und 1989 einerseits aus der Perspektive der jeweiligen ostmitteleuropäischen Landesgeschichtsschreibung, andererseits aus der Sicht der westdeutschen Ostforschung behandelt worden ist<sup>102</sup>.

Symptomatisch für den einsetzenden Wandel war auch die seit 1969 im Herausbergremium der „Zeitschrift für Ostforschung“ immer wieder erörterte, aber erst 1995 erfolgte Umbenennung des anerkannten Diskussionsforums für die „Länder und Völker im östlichen Mitteleuropa“ in „Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung“. Dies demonstrierte, daß der apologetische Impuls der alten „Ostforschung“, als „Reaktion auf die gewaltsame Verdrängung der Deutschen aus dem östlichen Mitteleuropa und auf die Leugnung eines positiven Anteils der Deutschen an der Geschichte dieser Region“<sup>103</sup> nach 1945 fortgesetzt, endgültig obsolet geworden

<sup>98</sup> Deutsche und Polen zwischen den Kriegen. Minderheitenstatus und „Volkstumskampf“ im Grenzgebiet. Amtliche Berichterstattung aus beiden Ländern 1920–1939, hrsg. i. A. des Instituts für Zeitgeschichte und der Generaldirektion der Polnischen Staatsarchive von Rudolf Jaworski und Marian Wojciechowski, bearb. von Mathias Niendorf und Przemyslaw Hauser, 2 Bde., München u. a. 1997.

<sup>99</sup> Vgl. hierzu die Notiz von Rex Rexheuser in: Nordost-Archiv 1 (1992), S. 175–180.

<sup>100</sup> Am West-Institut ist ein eigenes Forschungsprojekt entstanden unter dem Titel „Das deutsche Kulturerbe in Polen“. Vgl. auch den Tagungsband: Deutsche Geschichte und Kultur im heutigen Polen. Fragen der Gegenstandsbestimmung und Methodologie, hrsg. von Hans-Jürgen Karp, Marburg 1997.

<sup>101</sup> Vgl. etwa die von polnischen, tschechischen und deutschen Fachleuten gemeinsam erstellte Bibliographie zur Geschichte Schlesiens (1995), hrsg. vom Herder-Institut e. V., Marburg 2000.

<sup>102</sup> Doswiadczenia przeszlosci. Niemcy w Europie Srodkowo-Wschodniej w historiografii po 1945 roku – Erfahrungen der Vergangenheit. Deutsche in Ostmitteleuropa in der Historiographie nach 1945, hrsg. von Jerzy Kloczowski, Witold Matwiejczyk und Eduard Mühle, Marburg 2001.

<sup>103</sup> Hans-Jürgen Karp/Hans Lemberg/Hugo Weczerka, Von der „Zeitschrift für Ostforschung“ zur „Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung“, in: ZfO 44 (1995), S. 1–4, hier S. 1.

war<sup>104</sup>. Gleichzeitig wurde das traditionsreiche Herder-Institut in eine rechtlich selbständige wissenschaftliche Service-Einrichtung umgewandelt, dessen neue Satzung indes das alte Arbeitsgebiet bestätigte: „die Länder und Völker Ostmitteleuropas in europäischen Bezügen unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der historischen deutschen Ostgebiete und der deutschen Siedlungsgebiete in Ostmitteleuropa“<sup>105</sup>. Auch das 1989 gegründete, von der Bundesregierung finanzierte Oldenburger „Bundesinstitut für ostdeutsche Kultur und Geschichte“ wurde zum 1. Januar 2001 umgetauft in „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa“. Und aufgrund der – nicht unumstrittenen – Konzeption der Bundesregierung „zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa“ (beschlossen am 20. September 2000) ist das „Institut Nordostdeutsches Kulturwerk“ in Lüneburg<sup>106</sup> am 1. Januar 2002 zusammen mit dem Göttinger Institut für Deutschland, und Osteuropaforschung im „Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa e. V.“ (IKGN) aufgegangen. Die „Ostdeutsche Forschungsstelle“ in Dortmund war schon 1973 in „Forschungsstelle Ostmitteleuropa“ umbenannt worden. Wie weit die politische Rücksichtnahme manchmal ging bzw. geht, zeigt beispielsweise die neue Aufgabenbeschreibung des Oldenburger Instituts, in dessen Publikationen künftig „zumeist Regionen, Zeiten und Themen im Vordergrund“ stehen sollen, in denen den Deutschen eine „gewisse“ Bedeutung zukam<sup>107</sup> – eine diplomatische Formulierung, die zumindest der zeit-historischen Realität in den preußischen Ostprovinzen kaum gerecht wird.

Auch an einigen Universitäten in den neuen Bundesländern ist nach der Befreiung von den wissenschaftspolitischen Fesseln des real existierenden Sozialismus in den letzten Jahren ein neues Interesse an der Zeitgeschichte des historischen deutschen Ostens erwacht. Auf einem „1. Kolloquium zur pommerschen Geschichte“ Ende 1990 hat der inzwischen verstorbene Direktor des Historischen Instituts der Universität Greifswald, Konrad Fritze, eine (selbst-)kritische Bestandsaufnahme der „Pommernforschung am Historischen Institut der Universität Greifswald“ vorgelegt und die ideologischen Einschnürungen der Landesgeschichte während des SED-Regimes verdeutlicht, als allein schon der Begriff „Pommern“ verpönt war<sup>108</sup>. Neben den teils

<sup>104</sup> Das „Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands“ behielt seinen Namen, doch machten die Herausgeber Otto Büsch und Klaus Zernack unmittelbar nach der „neuen Staatsbildung im Deutschland von 1990“ deutlich, daß „die Geschichte von Deutschlands historischem Osten“ stets auch „als Geschichte von Polens Westen verstanden worden“ sei. Siehe das „Geleitwort 1990“ in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 39 (1990), S.V–VI, hier S. VI.

<sup>105</sup> Karp/Lemberg/Weczerka, Von der „Zeitschrift“, S. 4.

<sup>106</sup> Zur Arbeit des auf Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen sowie die baltischen Länder spezialisierten Hauses vgl. 15 Jahre Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk, bearb. von Ernst Weichbrodt, Lüneburg 1992.

<sup>107</sup> Vgl. die „Allgemeine Information“ auf der Homepage des Bundesinstituts, Stand Oktober 2001.

<sup>108</sup> Vgl. Konrad Fritze, Pommernforschung am Historischen Institut der Universität Greifswald, in: Pommern. Geschichte, Kultur, Wissenschaft. 1. Kolloquium zur pommerschen Geschichte 13. bis 15. November 1990, hrsg. von der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Greifswald 1991, S. 13–23.



bereits erwähnten Arbeiten von Kyra T. Inachin, die u. a. zum Pommern-Band der „Deutschen Geschichte im Osten Europas“ einen Beitrag über „Die Entwicklung Pommerns im Deutschen Reich“ beigesteuert hat<sup>109</sup>, ist vor allem auch auf die Studien des ebenfalls in Greifswald lehrenden Jörg Hackmann zu verweisen, der erst jüngst für eine „Revision“ der Geschichtsschreibung über Ostpreußen plädiert hat mit dem Ziel, sie von national-fixierten Konzepten zu befreien und die Beziehungen der Ethnien in den Mittelpunkt der Forschung zu rücken<sup>110</sup>. Die Anfang der 1990er Jahre von der Max-Planck-Gesellschaft geförderte Potsdamer Arbeitsgruppe „Ostelbische Gutsherrschaft als sozialhistorisches Phänomen“ hat sich zwar der frühen Neuzeit verschrieben<sup>111</sup>, doch sind zeitlich parallel dazu doch auch einige zeitgeschichtliche Studien zu der wichtigen Problematik erschienen, so der auf ein Kolloquium der Technischen Universität Berlin zurückgehende Tagungsband zur „Ostelbischen Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik“<sup>112</sup> und die wegen eines international vergleichenden Ansatzes besonders herauszustellende Arbeit von Bernd Kölling über Landarbeiter im ostelbischen Pommern und in der norditalienischen Lomellina in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts<sup>113</sup>.

Erfreulich zugenommen hat in letzter Zeit die Erforschung der Zeitgeschichte der Juden im historischen deutschen Osten, vor allem in Schlesien; dies verdankt sich der Initiative des Salomon-Ludwig-Steinheim-Instituts für deutsch-jüdische Geschichte an der Universität Gesamthochschule Duisburg, der Stiftung Haus Oberschlesien in Ratingen-Hösel, des Stuttgarter Historikers Norbert Conrads mit seinem „Projektbereich Schlesische Geschichte“ am Historischen Institut der Universität Stuttgart und des Direktors des Historischen Museums der Stadt Breslau/Wrocław<sup>114</sup>.

Tendenziell ist der Umgang mit der ostdeutschen Vergangenheit heute geprägt vom Bemühen beider Seiten um Entideologisierung und Objektivierung, auch dadurch,

<sup>109</sup> Bd. 9, hrsg. von Werner Buchholz, Berlin 1999, S. 447–508.

<sup>110</sup> Vgl. Hackmann, Klar zur Wende.

<sup>111</sup> Vgl. hierzu auch den anregenden Tagungsband: Gutsherrschaftsgesellschaften im europäischen Vergleich, hrsg. von Jan Peters, Red. Axel Lubinski, Berlin 1997.

<sup>112</sup> Vgl. Heinz Reif (Hrsg.), Ostelbische Agrargesellschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Agrarkrise – Junkerliche Interessenpolitik – Modernisierungsstrategien, Berlin 1994.

<sup>113</sup> Vgl. Bernd Kölling, Familienwirtschaft und Klassenbildung. Landarbeiter im Arbeitskonflikt: Das ostelbische Pommern und die norditalienische Lomellina 1901–1921, Greifswald 1996. Nicht nur methodisch dahinter zurückbleibend die wirtschaftsgeschichtliche Broschüre von Alexandra Frank, Die Entwicklung der ostelbischen Gutswirtschaften im Deutschen Kaiserreich und in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, Weiden/Regensburg 1994.

<sup>114</sup> Vgl. Hugo Weczerka, Juden in Schlesien. Ein Literaturbericht, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 47 (1998), S. 70–81; Norbert Conrads, Forschungsprojekt „Breslauer Tagebücher“. Jüdischer Alltag im Dritten Reich. Die Breslauer Tagebücher Willy Cohns 1933–1941, in: Zehn Jahre Forschungen zur schlesischen Geschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, hrsg. von Norbert Conrads, Stuttgart 1995, S. 35–41; Stefanie Schüler-Springorum, Die jüdische Minderheit in Königsberg/Preußen, 1871–1945, Göttingen 1996; Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen, hrsg. von Michael Brocke, Margret Heitmann und Harald Lordick, Hildesheim/Zürich 2000.

daß zunehmend eine jüngere, biographisch unbefangene Generation die alten Schützengräben verlassen hat und frei von politischen Rücksichtnahmen verschiedenster Art die Forschung vorantreiben kann. Versäumte Gelegenheiten der Zeitgeschichtsforschung über den deutschen Osten zu beklagen und der „Zunft“ oder gar der „Gesellschaft“ Schuld an jahrzehntelangen Versäumnissen zuzuweisen, würde nicht weiterführen<sup>115</sup>, so aufschlußreich eine vertiefende wissenschaftssoziologische Studie über die Forschungslücke auch sein könnte, die danach fragte, weshalb Legionen von (Jung-)Historikern ohne Anzeichen von Erschöpfung an den immer gleichen Themen forschen, die gerade im Trend liegen. Ebenso wenig hilfreich wäre es, inquisitorische Motivationsforschung unter der Fragestellung zu betreiben, ob das Interesse an der Zeitgeschichte des historischen deutschen Ostens sich nun allein aus „fortschrittlichen“ universalistisch-humanitären Idealen der Völkerverbrüderung speist oder – wie etwa bei den Vertriebenenverbänden – nicht auch „konservativen“ Vorstellungen national-kultureller Traditionspflege entspringt. Französische Historiker etwa würden ihren deutschen Kollegen wohl ohnehin sagen, daß sich beides nicht ausschließen muß. Vielmehr sollten die neuen wissenschaftlichen Chancen, die sich aus der veränderten außenpolitischen Konstellation und der bevorstehenden Osterweiterung der EU ergeben, einfach nüchtern und entschlossen genutzt werden.

Vor allem ein breit angelegtes Projekt zu Politik und Gesellschaft in Ostpreußen zwischen 1918 und 1933, das nach der Entwicklung der Parteien und ihrer Verschränkung mit den regionalen Milieus fragt, wäre angesichts des dürftigen Forschungsstandes über diese Zeitgeschichtslandschaft außerordentlich wünschenswert<sup>116</sup>. Und zwar nicht nur mit Blick auf die heute zunehmend in den Mittelpunkt gerückten, gewiß bedeutsamen interethnischen Beziehungen, sondern auch unter der Fragestellung, welche Bedeutung der politischen Kultur dieser ostelbischen Region für Stabilität bzw. Instabilität der ersten Demokratie auf deutschem Boden zukam. Dabei geht es letztlich nicht einmal ausschließlich um ein Desiderat ostdeutscher Zeitgeschichte; vielmehr ließen sich so auch erheblich mehr Kenntnisse darüber

<sup>115</sup> Was die von der Auflage her führenden Zeitschriften der „Zunft“ anbelangt, so spiegeln Zahl und Art der dort abgedruckten Beiträge natürlich auch generelle Trends der (Nicht-)Forschung zur neueren Geschichte des preußischen Ostens. Jedenfalls gibt es hinreichend viele Belege, daß Herausgeber bzw. Redaktionen an fundierten Beiträgen zu dieser Thematik interessiert sind. Vgl. etwa Christoph Nonn, Zwischenfall in Konitz. Antisemitismus und Nationalismus im preußischen Osten um 1900, in: Historische Zeitschrift 266 (1998), S. 387–418, oder den Aufsatz von Kyra T. Inachin, „Märtyrer mit einem kleinen Häuflein Getreuer“. Der erste Gauleiter der NSDAP in Pommern Karl Theodor Vahlen, in: VfZ 49 (2001), S. 31–51.

<sup>116</sup> Auch für Schlesien haben Helmut Neubach und Hans-Ludwig Abmeier auf Forschungsdesiderata etwa im Bereich der politischen Parteien sowie der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hingewiesen. Vgl. Matthias Weber, Schlesien in der gegenwärtigen historischen Forschung – Stand und Perspektiven –. Bericht über die Fachtagung des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte am 21. und 22. Oktober 1991 in Oldenburg, in: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für ostdeutsche Kultur und Geschichte 1 (1993), S. 187–199, hier S. 191. Die Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung hat auf ihrer Jubiläumstagung im Jahre 1998 in Elbing/Elbląg unter dem Punkt „Forschungswünsche“ vor allem sozialgeschichtliche Probleme der frühen Neuzeit diskutiert.

gewinnen, welches „geistige Fluchtgepäck“ die Ostpreußen nach ihrer Vertreibung im einzelnen mit in den Westen brachten. Mit einem derart vermehrten Wissen über die letzten Jahrzehnte des deutschen Ostpreußens, aber auch Schlesiens und Pommerns, wäre dann auch eine fundiertere politische Mentalitätsgeschichte der frühen Bundesrepublik und der DDR zu schreiben. Darüber hinaus sollte die seit 1990 unübersehbar gewachsene ostdeutsche Spezialforschung, die meist immer noch unter Ausschluß der durchschnittlich interessierten historischen Öffentlichkeit an eher abgelegenen Orten erscheint, generell stärker mit der allgemeinen Zeitgeschichte vernetzt werden<sup>117</sup>, wozu es nicht zuletzt der vermehrten Übersetzung zentraler polnischer Studien zur Zeitgeschichte der preußischen Ostprovinzen bedarf.

Derartige Fortschritte setzten aber voraus, daß sich die deutsche Zeitgeschichte stärker für die lange vergessenen Kapitel preußischer Historie interessiert und überhaupt ein Bewußtsein von der Existenz der Forschungslücke und der Notwendigkeit ihrer Schließung entwickelt. Gewiß ist es nicht ohne weiteres eine Selbstverständlichkeit, die Geschichte verlorener Gebiete zu erforschen, zumal wenn diese wissenschaftliche Arbeit nicht den politischen Zweck haben soll, die Rückgewinnung der betreffenden Länder vorzubereiten. Doch festzuhalten ist auch, daß die Gegenstände der Landesgeschichte Ostdeutschlands durch den Untergang Preußens und des Reichs zwar „zum größten Teil in andere *nationale* Lebenszusammenhänge geraten“ sind, dies aber eben nicht bedeutet, daß Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien und Ostbrandenburg damit „aus dem *historischen* Lebenszusammenhang der deutschen Geschichte herausgetreten“<sup>118</sup> wären. Darüber hinaus gibt es heute unstrittig eine neue und legitime politische Motivation für die Erforschung des alten deutschen Ostens, der zwischenzeitlich zum polnischen bzw. russischen Westen geworden ist. Die Kultur der Vertreibungsgebiete ist nicht nur „ein bedeutender Teil der deutschen und der gesamteuropäischen Kultur“; in den historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten kam ihr vielmehr – die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen bringt es in ihrer Zielsetzung auf den Punkt – „seit jeher eine besondere Brückenfunktion zu den östlichen Nachbarvölkern zu“<sup>119</sup>. Aus dem Osten kam nicht nur das ostpreußische Korn und die schlesische Kohle; Deutschland hatte durch seinen preußischen Osten, wo streckenweise schon das Deutsche in das Polnische und

<sup>117</sup> Zu Recht wurde beim Kolloquium des Verbandes der Osteuropahistoriker Deutschlands und des Herder-Instituts, Marburg, am 27./28. Februar 1999 von den meisten Teilnehmern gefordert, die Subdisziplin Osteuropäische Geschichte stärker in die allgemeine Geschichte (z.B. durch Veröffentlichung in allgemeinhistorischen Zeitschriften) zu integrieren. Siehe hierzu die Mitteilung von Hans-Jürgen Bömelburg im Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte, Neue Folge Band VIII (1999), Heft 1, S. 301–306. Auch die Flüchtlingsforschung ist keineswegs bereits ausreichend mit der allgemeinen Zeitgeschichte verknüpft, jedenfalls nach dem Urteil von Thomas Grosser, Von der freiwilligen Solidar- zur verordneten Konfliktgemeinschaft. Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft im Spiegel neuerer zeitgeschichtlicher Untersuchungen, in: Hoffmann/Kraus/Schwarz (Hrsg.), Vertriebene in Deutschland, S. 65–85, hier S. 82.

<sup>118</sup> Zernack, Der historische Begriff, S. 161f.

<sup>119</sup> Vgl. den Abschnitt „Ostdeutsche Kultur“ auf der Homepage der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“.

Litauische übergang, „an der östlichen Welt auch in seelischer Hinsicht teil, an Religiosität, Mentalität und Lebensgefühl“<sup>120</sup>. Obwohl die dadurch mögliche geistige Teilhabe Deutschlands am Osten Europas aufgrund der territorialen Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs so nie mehr wieder erreicht werden können, eröffnet das gemeinsame Interesse von Polen, Russen, Litauern und Deutschen an der Geschichte der preußischen Ostprovinzen doch die Chance, den eingetretenen Kulturverlust in Grenzen zu halten.

Bei allem grundsätzlichen Optimismus über die neuen Möglichkeiten wissenschaftlicher Kooperation mit ostmitteleuropäischen Kollegen, bei aller Genugtuung über das, was ein neuer Regionalismus als Leitidee zur Erforschung des historischen preußischen Ostens bereits erreicht hat, und bei aller erhöhten Sensibilität für die Thematik, die Guido Knopps Fernsehserie über „Die Große Flucht“ jüngst geweckt hat, scheint noch immer eine gewisse Skepsis angebracht, wie sie etwa bei einer Jahrestagung des Herder-Instituts e. V. und des J. G. Herder Forschungsrats zum Ausdruck kam, weil die Befürworter einer aktiven deutschen Kulturpolitik den „Brückenbau nach Osten“ zwar verbal wiederholt propagiert hätten, die zu einem solchen Unternehmen notwendigen finanziellen Mittel aber nicht bereitgestellt worden seien<sup>121</sup>. Vor allem auch am Ausgang der aktuellen Debatten um das „Zentrum gegen Vertreibungen“<sup>122</sup> oder die Idee, in einem wiederaufgebauten Berliner Stadtschloß ein Museum der preußischen Geschichte einzurichten<sup>123</sup>, wird sich erweisen, ob bedenkenswerte Worte Hartmut Boockmanns heute noch Gültigkeit haben: Sollte sich die mit ostdeutscher Geschichte befaßte Wissenschaft ausschließlich „in von der normalen Forschung abgetrennten Klein-Instituten, Klein-Lehrstühlen und Klein-Museen vollziehen“, so hatte Boockmann gemahnt, dann müßte der Eindruck entstehen, die Geschichte Ostdeutschlands sei schon immer „eine Schwundstufe der allgemeinen deutschen Geschichte gewesen“. Würden aber, wenn es tatsächlich „nur ein paar kümmerliche Außenposten gewesen wären, die Deutschland im Jahr 1945 verloren hat“<sup>124</sup>, nicht letztlich auch die deutschen Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts insgesamt verharmlost?

<sup>120</sup> Siedler, Abschied von Preußen, S. 208.

<sup>121</sup> Vgl. Hans-Werner Rautenbergs Bericht über die „Jahrestagung des Herder-Instituts e.V. und des J. G. Herder Forschungsrats 1994“ in der „Chronik“ der Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung 43 (1994), S. 605f.

<sup>122</sup> Markus Meckel und andere haben hier den Vorschlag unterbreitet, das Zentrum statt in Berlin in Breslau anzusiedeln (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Februar 2002), so als ob es sich beim Vertreibungsgeschehen um ein primär deutsch-polnisches Problem handelte und nicht um einen Vorgang von europäischer Dimension. Am Standort Breslau wäre das Zentrum zudem kaum in der Lage, die Beschäftigung der Deutschen selbst mit diesem lange verdrängten Kapitel ihrer Vergangenheit in ähnlicher Weise zu befördern.

<sup>123</sup> Berlin, so begründet der Historiker Karl Schlögel seine Anregung, bräuchte den Ort des Schlosses nicht nur, „um seine Balance als Stadtkörper wiederherzustellen, sondern einen Punkt mitten in Europa, als ein Fenster nach Europa, vor allem ins östliche“. Schlögel, Hommage und Grabstein, S. 50.

<sup>124</sup> Boockmann, Deutsche Geschichte, S. 12.

Über Aspekte der „Vergangenheitsbewältigung“ hinaus ist auf die Zukunft gerichtet – mit dem früheren polnischen Botschafter Janosz Reiter – zudem zu fragen, ob die deutsch-polnischen Beziehungen dauerhaft vor allem auf der Basis von Schuldgefühlen entwickelt werden können<sup>125</sup> oder ob sie nicht einer stabileren Grundlage bedürfen? Vor dem Hintergrund solcher Überlegungen scheint es jedenfalls um so wichtiger, gerade auch den (zeit-)geschichtlichen Bildungshorizont der Deutschen stärker nach dem ost- bzw. ostmitteleuropäischen Raum auszuweiten. Die dazu nötige historische Grundlagenforschung wäre wohl auch eine lohnende Aufgabe für die neue Bundeskulturstiftung<sup>126</sup>.

<sup>125</sup> So Reiter auf einem Podium der Evangelischen Akademie in Berlin am 2. 10. 2001 zum Thema „Preußen zwischen Deutschland und Polen. Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft“. In einem ähnlichen Sinne äußerte sich dort auch Altbundespräsident Richard von Weizsäcker.

<sup>126</sup> Günter Grass hat bereits angeregt, die Stiftung möge sich u. a. der Pflege der deutschen Dialekte widmen, die jenseits von Oder und Neiße gesprochen wurden. Vgl. Grass, *Die vielen Stimmen Deutschlands*, S. 44.